

Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Druck-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle, Zigarrenstraße 11, Hauptstraße 140, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. Preis pro Heft 1 Pfennig. Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 6 Pfennig, monatlich 1,70 Goldmark, durch die Post frei ins Haus 2,06 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Verlags- und Anzeigengeschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141, Postfach-Konto: Postfach-Num. Breslau Nr. 5552.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 30 Pf., auswärts 45 Pf., Stellenangebote 8 Pf., Familienangelegenheiten, Stellenangebote, Verträge, Besetzungs- und Wohnungsangelegenheiten 5 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Druck-Expedition Hauptstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Ebert löst im Fall der Ablehnung auf.

Amlich wurde gestern gemeldet: Der Reichstagspräsident erstattete heute vormittag dem Reichspräsidenten Bericht über die politische Lage, in deren Beurteilung sich völlige Übereinstimmung zwischen dem Reichstagspräsidenten und dem Reichspräsidenten ergab. Der Reichspräsident erklärte sich mit der Unterzeichnung der Londoner Abmachungen am 2. August einverstanden und stimmte dem Reichstagspräsidenten darin zu, daß die Unterzeichnung auch die Voraussetzung zur Ausführung aller parlamentarischen und verfassungsmäßigen Möglichkeiten für die Verabschiedung der zur Durchführung des Gutachtens erforderlichen Gesetze in sich schließt. Demgemäß erklärt der Reichspräsident dem Reichstagspräsidenten seinen Entschluß, den Reichstag aufzulösen, falls die zu beschließenden Gesetze nicht die erforderliche Mehrheit finden.

Auflösung des Reichstages bringt keine Schwierigkeiten in der Räumungsfrage.

Paris, 27. August. (Eigener Probebericht.) Die französische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Frage, wie die deutsche Unterschrift auf dem Londoner Abkommen eine rein innerdeutsche Angelegenheit ist, die die anderen Regierungen nicht berührt. Im „Quotidien“ vertritt auch Genosse Grumbach diesen Standpunkt in eingehenden Darlegungen. Es sei völlig abwegig, glauben zu wollen, daß Frankreich dem deutschen Volke irgendwelche Schwierigkeiten in den Weg legen würde, wenn es den politischen Triumph, den es bei den letzten Wahlen begangen habe, jetzt fortsetzen wolle. Die Unterschriften von Marx und Stresemann unter die Vereinbarungen von London könnten durch die Auflösung des Reichstages nur an Autorität gewinnen. Herrick habe so ausreichende Beweise für seine Verdrängungsbereitschaft gegeben, daß man in Deutschland nicht zu befürchten brauche, daß die französische Regierung eine Auflösung des Reichstages als Vorwand für eine Nichtigkeitsklärung der Londoner Konferenzergebnisse benutzen werde.

Die Deutschnationalen zwischen Ja und Nein.

Berlin, 28. August. (Eigener Probebericht.)

Am Mittwoch fand im Reichstag eine Konferenz der deutschnationalen Landesverbände vor sich. Die „Deutsche Zeitung“ erklärt — das „überaus erfreuliche Ergebnis“ hat, daß von 42 Vertretern der Organisationen sich nur drei — einer davon auch nur bedingt — für das Londoner Abkommen aussprachen. Alle übrigen hätten sich dagegen erklärt.

Nach der Abstimmung über das Reichsbahngesetz in zweiter Lesung erklärt nun auch die deutschnationalen Reichstagsfraktion, daß an der Auflösung des Reichstages nicht mehr zu zweifeln sei. „Wollte man — theoretisch — so schreibt die „Deutsche Zeitung“, in Berechnung ziehen, daß einige einzelne Abgeordnete ihre Stellungnahme verändern könnten, dann wären — nach den gestrigen Kammerverhältnissen — nicht weniger als 48 solcher Gesinnungswechsel für die Ermöglichung der notwendigen Mehrheit erforderlich. Das ist unseres Erachtens vollkommen ausgeschlossen.“ Dabei ist aber zu beachten, daß die „Deutsche Zeitung“ nur den rechten Flügel der Deutschnationalen vertritt.

Die deutschnationalen Reichstagsfraktion hielt am Mittwoch nach der Plenarsitzung noch spät abends eine Fraktionssitzung ab, um die vom Abgeordneten Schulz-Bromberg angeführten deutschnationalen Anträge, die erst heute bekannt gegeben werden sollen, zu besprechen.

Kommunist Schönlant wegen Mißbilligung der Politik der Zentrale gemahregelt.

Halle, 27. August. (Eigener Probebericht.) Die Erfüllungstiefe beginnt auch in der KPD ihre Wirkung. Der wilde Terror der Linken hat die vielen wahren Stimmen im eigenen Lager der KPD nicht völlig unterdrücken können. Das neueste Opfer der KPD-Gemeinde ist der bekannte kommunistische Politiker Reinhold Schönlant, den die Halle'sche Bezirksleitung abgeurteilt hat. In dem „Volkswachtischen Kurs“ wird berichtet:

„Wegen sehr harter Abweichungen hat die Bezirksleitung beschlossen, den Genossen Reinhold Schönlant zu reiferen Einsichten nicht mehr zu verwenden. Anlaß zu diesem Beschluß gab eine Debatte in der Bezirksleitung, in der sich zeigte, daß der Genosse Schönlant sich bedeutend weit von der Linie der kommunistischen Partei entfernt hat. Der Genosse Schönlant ist der Auffassung, daß durch das Sachverständigen-Gutachten die kapitalistische Wirtschaft auf Jahre hinaus stabilisiert würde. Dementsprechend müsse die Partei sich umstellen. Der Kampf gegen das Sachverständigen-Gutachten müsse geführt werden, indem der Kampf um die Verteilung der Lasten erfolgen müsse. Das bedeutet, daß die Partei die Aufgabe haben soll, an die Stelle des Kampfes zur Beseitigung des Sachverständigen-Gutachtens einen Kampf um die Verbesserung des Sachverständigen-Gutachtens zu führen, daß also die Politik der SPD, getrieben werden soll. Die vom Genossen Schönlant verlangte Politik bedeute daher eine Annäherung an die SPD, was die kommunistische Partei ablehnen muß. Die Zentrale der kommunistischen Partei ist mit diesem Beschluß einverstanden.“

Schönlant ist bekanntlich blind, aber glänzend. Der Kampf in Halle beginnt. Man will ihn offenbar durch das Sprechen so treffen, daß der Austritt aus der KPD, die einzig mögliche logische Folge ist. Der ganze Theaterdonner der KPD vermag die Tatsache nicht zu verdecken, daß auch in der kommunistischen Arbeiterschaft die Vernunft wieder einzuziehen beginnt.

Vor der Entscheidung.

In zweiter Lesung keine Zweidrittelmehrheit. — Kommunisten und Völkische erzwingen polizeiliche Maßnahmen Wallrafs! — Wer verzögert die Amnestie?

Der Reichstag hat gestern anscheinend selbst beweisen wollen, daß er nichts Besseres verdient, als aufgelöst und nach Hause geschickt zu werden. Er hat nämlich in zweiter Lesung die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Londoner Gesetze nicht zustande gebracht. Die dritte Lesung folgt heute. In der Form der Beratungen aber ist es gestern zu Ausschreitungen gekommen, wie sie bisher nur in den Parlamenten von Budapest oder Rom vorkamen. In Ländern, die heute am weitesten hinter modernen demokratischen Verfassungsstaaten einher hinken. Wenn das deutsche Volk sich einen solchen Parlamentarismus gefallen läßt, wird es bald ebenso weit sein wie Horthy-Ungarn, die Zustucht der Mörder, oder Mussolini-Italien, wo Abgeordnete vor unerwünschten Reden mit dem Dolch um die Ecke gebracht werden. Wir sind überzeugt, daß die große Mehrheit der deutschen Reichstagswähler eine solche Entwicklung nicht wünscht, daß dieser Reichstag, die Frucht eines Wahlkampfes in Inflationszeiten, kein Spiegel des heutigen deutschen Volkswillens mehr ist.

Womit haben gestern Kommunisten und Nationalsozialisten ihr gemeinsames Loben gerechtfertigt? In London ist für den Fall der Durchführung der neuen Reparationsabkommen eine allgemeine Amnestie für die von den Besatzungsgerichten verurteilten Deutschen zugeagt worden. Die deutschen Rechts- und Linksradikalen erklären nun mit einem gewissen Recht, daß die deutsche Reichsregierung gegen politische Vergehen nicht härter sein darf als das Ausland und die Amnestie auch auf das unbefetzte Gebiet ausdehnen soll. Das hat aber im Namen der Reichsregierung Dr. Stresemann im Auswärtigen Ausschuß bereits zugeagt — für den Fall natürlich nur, daß die Londoner Verträge angenommen und die Rheinland-Amnestie damit in Kraft gesetzt wird. Die Kommunisten sind es also selbst, mit ihrer Ablehnung der Londoner Verständigung, die die von ihnen ins Unglück gebracht politischen Gefangenen auch in Mitteldeutschland und in Schlesien hinhalten. Das mußte auf jeden Fall verschleiert werden! Daher der gewalttätige Kabau ohne fachlichen Anlaß.

Der demokratische Abgeordnete Brodauf ist von drei Kommunisten gestern im Reichstag förmlich verleht worden, während sich die Rechtsradikalen schon vorher aus der Prügelei zurückzogen. Dann weigerten sich die Prügeelhelden, den Anordnungen des Nachfolgers Löbes auf dem Präsidentenstuhl zu folgen und erzwangen dadurch mit aller Konsequenz bewußt den Eintritt der Polizei in den Reichstag. Als jedoch die Beamten erschienen, schwiegen sie sofort und einer verschwand sogar schon vor der Abführung. Mit Recht schreibt heute unser Zentralorgan:

„Scham überkommt einen, wenn man daran denkt, daß diese unwürdigen Gesellen von Arbeitern in den Reichstagsgebäude geschickt worden sind. Das muß anders werden! Wenn die Arbeiter nicht begreifen, daß Brüllaffen und Nazis keine Revolutionäre sind, wenn sie jetzt nicht mit den Kommunisten Schluss machen, so geben sie ihre eigene Sache verloren. Was wir da erlebt haben, war ein Niederlagen ohne Gleichen, ein Verzicht auf jegliche Würde, ein völliges Preisgeben aller Ideale der Arbeiterbewegung.“

Noch ist es unklar, ob die Deutschnationalen in der heutigen dritten Lesung etwa doch teilweise den Ausweg aus ihrer Katastrophensituation finden und dadurch am Neuwahlen heruntommen werden. Der Ruhehandel zwischen den bürgerlichen Parteien blüht noch. Die deutschnationalen Agrarier sollen für die Zustimmung zum „zweiten Versailles“ nicht nur bare Zollebestechungen, sondern auch noch alle möglichen Anträge über die Schulfrage und andere bloßen Agitationsprobleme geliefert erhalten. Das Maß der deutschnationalen Charakterlosigkeit ist schwer vorher abzuschätzen. Ob ihnen der Preis für ihre Ideale genügt? Wir Sozialdemokraten und mit uns sicherlich die Mehrheit der Wähler nicht nur im Westen, wir wären geradezu froh, wenn dieser Reichstag heute selbst seine Auflösung erzwingen würde. Es ist Zeit, daß auch politisch die Inflationserscheinungen abgebaut werden!

Auf der Tagesordnung der Mittwochssitzung des Reichstages steht zunächst der kommunistische Antrag, der zu der Abstimmung über das Londoner Abkommen alle ausgeschlossenen und inhaftierten Abgeordneten zulassen will.

Wie Abg. Hampe (Völkisch. Bagg.) als Berichterstatter mitteilt, hat der Geschäftsausschuß diesen Antrag abgelehnt.

Die Kommunisten beantragen nunmehr, wenigstens die ausgeschlossenen Abgeordneten Kemmle und Dr. Schwarz zu der entscheidenden Sitzung zuzulassen.

Abg. Dr. Kötter (Soz.) hält es für notwendig, daß angesichts der großen Bedeutung der bevorstehenden Abstimmung alle Abgeordnete daran teilnehmen müssen. Für den Ausschluß der Kemmle würden die zwanzig Sitzungstage, für die er ausgeschlossen ist, ohnehin am Donnerstag ablaufen.

Abg. Schiem (Komm.) wirft der Mehrheit vor, daß sie die Zulassung der ausgeschlossenen und inhaftierten Abgeordneten nur verschleiere, um auf diese Weise vielleicht noch eine Zweidrittelmehrheit zusammenzubringen.

Der kommunistische Antrag auf Hinzuziehung der ausgeschlossenen und inhaftierten Abgeordneten wird gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt, ebenso der kommunistische Antrag, wenigstens die Abgeordneten Kemmle und Dr. Schwarz zuzulassen. Der Antragsantrag wird dann unter lebhaften Protesten der Kommunisten angenommen.

Abg. Feil (Nat. Soz.) beantragt, einen Antrag seiner Fraktion auf Amnestierung der sogenannten politischen Verbrecher dem Reichsausschuß zu überweisen, da durch das Londoner Abkommen die separatistischen Hochverräter im besetzten Gebiet begnadigt würden.

Diesem Verlangen konnte nur entsprochen werden, wenn aus dem Hause kein Widerspruch erfolgte. Der demokratische Abgeordnete Brodauf widersprach jedoch von seinem Platz aus dem deutschvölkischen Antrag.

Sofort entstand ein Lärm, der ausschließlich von den deutschvölkischen und den Kommunisten bestritten wurde. Als dann der deutschvölkische Abgeordnete v. Graefe in drohender Haltung fortgesetzt die Ruhe ausrief: „Heraus! Heraus!“, führten einige Kommunisten auf den Abgeordneten Brodauf, während sich v. Graefe, getreu der Feldherrntaktik, in Deckung zurückzog. Die demokratischen Abgeordneten Koppel und Kälz stellten sich sofort vor den Abgeordneten Brodauf, um ihn zu schützen. Mitham gelingt es dem Präsidenten, für einen Augenblick die Ruhe wiederherzustellen, als sich der kommunistische Abgeordnete Grube aus Chemnitz erneut auf Brodauf stürzt und ihm mit der Faust einen wuchtigen Schlag auf das linke Auge versetzt. Brodauf versucht sich zu wehren, und als ihm Mitglieder der Mittelparteien und der Sozialdemokratie zu Hilfe kommen, beginnt ein allgemeiner Krawall, in dem zunächst die Kommunisten auf die mit der Fackel des Schutzes in die Nähe des Plafonds von Brodauf gestiegen Abgeordneten einschlagen. Es entwickelt sich eine regelrechte Prügelei, in deren Verlauf die Kommunisten den kürzeren ziehen. Dem Kommunisten Epstein, der einer der Hauptangreifer war, wurde mit einem Zeitungshalter ein Schlag auf die linke Wade versetzt. Fortgesetzt erschallen Rufe der Kommunisten: „An den Galgen mit Brodauf!“, die trotz des ungeheuren Tumults auf den Tribünen zu hören sind. Die Tribünenbesucher selbst erheben sich spontan von den Plätzen und stoßen Pfeifrufe aus. Im Hause herrscht eine ungeheure Erregung.

Der Präsident, der vergeblich versucht hat, Ruhe zu schaffen, und mit der Glocke nicht mehr durchgedrungen war, verläßt den Sitzungssaal. Die Sitzung ist damit gesprengt. Die Abgeordneten stehen noch lange in erregten Gruppen zusammen. Der Abgeordnete Brodauf wird von seinen Freunden aus dem Saal geführt.

Nach etwa 10 Minuten erscheint Präsident Wallraf wieder auf seinem Platz und eröffnet die Sitzung aufs neue. Er gibt unter lebhafter Zustimmung dem Gefühl der Empörung über die Vorgänge von vorher Ausdruck und fügt hinzu: Ich werde diejenigen Maßnahmen ergreifen, die die Schuldigen treffen, die die Geschäftsordnung verletzen.

Abg. Stetter (Komm.): Zu der hier im Hause eben angeführten Komödie (Zuruf links: die Uhr gemacht hat!) — Gehärd der Kommunisten. — paßt es durchaus, daß jetzt auch schon hier auf den Plätzen des Reichsrats ein verächtlicher Polizeipolizist sich aufhält.

Präsident Wallraf stellt fest, daß keinerlei andere Sicherheitsmaßnahmen im Reichstag getroffen sind, als die schon seit langer Zeit leider sich als notwendig erwiesen haben; daß diese Maßnahmen nicht überflüssig sind, haben gerade die Vorgänge von vorher bewiesen. (Lebhafte Zustimmung der Mehrheit. Gebrüll der Kommunisten.)

In der fortgesetzten Besprechung des Londoner Vertrags spricht dann Abg. Seibert (D. Bp.) für das Eisenbahngesetz, das Abg. Nahl (Nat. Soz.) bekämpft. Abg. Lang (Bayer. Bp.) macht Bedenken gegen die Uebertragung der Reichsbahnen an eine Gesellschaft geltend.

Reichsverkehrsminister Dejer erklärt, das Fernverkehrsamt der Angehörigen der neuen Reichsbahn-Gesellschaft sei durchaus gewahrt. In dieser Beziehung seien die Londoner Verhandlungen wesentlich erfolgreicher gewesen als dem ursprünglichen Gutachten ersichtlich worden. Die Bezüge der jetzigen Beamten seien gesichert. Daß das Reich keine Beamtenbezüge erhöhe, die Gehälter aber

hat, hatte er für ausgeschlossen. Wenn die Steuererhöhungen so gut sind, daß das Reich die Beamtengehälter erhöht, dann sei die Wirtschaftslage eben so gut, daß auch die Betriebsgesellschaften mehr ausgeben können. In der Stellung der Militäranwärter werde nichts geändert. Auch wie vor bleibe der verantwortliche Minister, an den sich der Reichstag halten kann.

Damit ist die zweite Lesung der Eisenbahnvorlagen erledigt. Es folgt die zweite Lesung des Manoeuvresgesetzes zu den Londoner Vereinbarungen. Da niemand das Wort ergreift, ist die zweite Lesung aller durch das Sachverständigenrat bedingten Gesetze erledigt. Die Abstimmung wird zurückgestellt.

Außerhalb der Tagesordnung verlangt Frau Gollé-Koch (Komm.), daß die Amnestie auch auf die Kommunisten sowohl im befreiten wie im unbesetzten Gebiet ausgedehnt werden.

Herr Hoffmann (Soz.) unterstützt das Verlangen, die Amnestie im befreiten Gebiet möglichst ausdehnend auszuüben und auch auf die politischen Gefangenen im unbesetzten Gebiet auszudehnen. Er weist die Antwort zurück, daß die Sozialdemokratie irgend etwas mit den Separatisten zu tun gehabt habe. (Lärm bei den Kommunisten, Rufe: Hoffmann!)

Herr Koch (Dem.) erklärt, die Demokratische Partei behauptet alle die Separatisten gegen die Verfassung vorgehen; sie sei deshalb grundsätzliche Gegnerin von Amnestien politischer Verbrechen. (Lärm bei den Nat.-Soz. und Kommunisten.) In dieser Frage habe sich wieder die intime Gemeinschaft zwischen Kommunisten und Völkischen gezeigt. Auf alle Fälle müsse man abwarten, ob am Donnerstag tatsächlich der Reichstag tagen wird, die Separatisten frei zu lassen. Die Demokratischen und Kommunisten hätten den bedauerlichen Vorfall am Vormittag hervorgerufen. Er hoffe, daß dieser Reichstag entweder in kürzester Frist die Kraft findet, sich gegen solchen Vandalen zu wehren, oder der Reichstag, den er verdient. (Großer Lärm bei den Kommunisten und Nat.-Soz.)

Herr Dr. Damm (Dmit.) erklärt, er habe in der zweiten Beratung nicht gegen das Reichsbahngesetz zu sprechen brauchen; er hätte sich nur den Ausführungen des kommunistischen Abgeordneten H. Rosenbergs anschließen können. — Es folgen mehrere persönliche Bemerkungen.

Herr Kuchel auf die Beratungen des Vorkommens wird um 12 Uhr die Sitzung bis 5 Uhr unterbrochen.

Die Abendführung.
Präsident Wallraf eröffnet und ruft den völkischen Abgeordneten von Graese nachträglich zur Ordnung wegen seiner beleidigenden Jurisdiktion gegen den Abg. Probst. Nicht alle, die sich einer gräßlichen Verletzung der Ordnung schuldig gemacht haben, seien einwandfrei ermittelt. Jetzt steht indessen, daß als Anzeiger für die Beihilfe haben die kommunistischen Abgeordneten Grabe, Reddermeyer und Cypstein. Wegen gräßlicher Verletzung der Ordnung des Hauses schließe er diese drei Abgeordneten von der heutigen Sitzung aus und fordere sie auf, den Saal zu verlassen.

Nach einiger Zeit stellt der Präsident fest, daß die drei Abgeordneten keiner Aufforderung zum Verlassen des Saales nicht gefolgt sind und unterbricht daher die Sitzung auf 5 Minuten.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung stellt Präsident Wallraf fest, daß die drei ausgeschlossenen Abgeordneten noch immer im Saale anwesend sind. Dadurch hätten sie sich den Ausschluß für 20 Sitzungstage zugezogen, nachdem die erste Weigerung ihren Ausschluß für 5 Sitzungen herbeigeführt hatte. Der Präsident fährt fort: Nach der Reichsverfassung hat der Reichstagspräsident das Hausrecht im Reichstag und Widerstand gegen die rechtmäßig ausgeübte Staatsgewalt. (Lärm bei den Kommunisten, Beifall bei den anderen Parteien.) Abgeordnete, die auf freier Tat festgenommen werden, verlieren ihre Immunität.

Darauf läßt der Präsident die Tribünen räumen und bittet auch die Abgeordneten, die Vertreter der Regierung und die Presse, den Saal zu verlassen. Dieser Aufforderung wird Folge geleistet mit Ausnahme der Kommunisten, die im Saale bleiben und die Interventionen fangen. Darauf führen Anwaltsbeamte die Abgeordneten Cypstein und Grabe, ohne Widerstand zu finden, aus dem Saale, den der Abgeordnete Reddermeyer schon vor dem Erscheinen der Polizei verlassen hatte.

Präsident Wallraf:
Die polizeiliche Entfernung von Abgeordneten aus diesem Saale steht einzig da in der Geschichte des Deutschen Reichstages. Ich hoffe, daß es das letzte Mal gewesen ist. Das Recht des einzelnen Abgeordneten, seine Meinung hier auszusprechen, muß ebenso gewahrt werden wie die Würde des Reichstages. (Beifall bei der Mehrheit, Lärm bei den Kommunisten.)

Hierauf folgt die Abstimmung über die Gutachtenentwürfe in zweiter Lesung: Die Kommunisten beantragen namentliche Abstimmung über das Bankgesetz. Der Antrag wird von den National-Sozialisten unterstützt. Die namentliche Abstimmung ergibt die Annahme des Bankgesetzes mit 249 gegen 171 Stimmen. Dagegen haben die Deutschnationalen, National-Sozialisten, Deutsch-Sozialen und Kommunisten gestimmt. Zwei Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Vor der weiteren Abstimmung gibt Abgeordneter Dr. Fried für die National-Sozialistische Freiheitspartei eine Erklärung ab,

daß sämtliche Entschädigungen und Ansprüche zum Dawes-Gutachten bezüglich des Reichs darzustellen, der Deutschnationalen Volkspartei werden zu lauen. Die National-Sozialisten schienen daher keine Stellung zu den Entschädigungen und Ansprüchen, sondern enthielten sich der Stimme.

Herr Hoffmann (Soz.):
Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird, wie bisher, mit Entschiedenheit dafür wirken, daß die rechtswidrige Besetzung des Reichsbereichs und der übrigen Sanktionsgebiete so rasch wie möglich, jedenfalls noch erheblich vor dem 15. August nächsten Jahres, aufgehoben und für die Kölner Zone die am 10. Januar ablaufende Räumungsfrist pünktlich eingehalten wird. Gehten ihren Grundrissen und in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der parlamentarischen und gewerkschaftlichen Internationalen, befaßt die deutsche Sozialdemokratie jede Unterdrückung der einheimischen Bevölkerung durch fremde Besatzmächte und fordert die Räumung des gesamten besetzten Gebietes vor den vertragsmäßigen vorgeschriebenen Terminen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärt weiter, daß nach dem Sinn und Wortlaut des Londoner Vertrages die von Deutschland übernommene Verpflichtung von der Zukunft des kommunistischen Deutschlands zu gewöhnlichen Angelegenheiten abhängig ist.

Sie erklärt weiter, daß sie, wie sie durch ihren Redner, den Abgeordneten Scheidemann, in der Sitzung vom 23. Juli ausführlich hat darlegen können, eine Alldeutschland Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges nie angenommen hat.

Zusätzlich heißt es, daß die vorliegenden Anträge und Resolutionen an dem gegebenen Rechtszustand und der Lage des deutschen Volkes nichts zu ändern vermögen. Ihre Annahme ist lediglich zur Veranschaulichung der Tatsache dienen, daß versucht wird, einen Teil der Mitglieder dieses Hauses durch Einräumung von Regierungsmöglichkeiten und wirtschaftlichen Zuständigkeiten zu einer Veränderung ihrer bisherigen Haltung zu bewegen. Aus diesem Grunde lehnt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion alle diese Anträge und Resolutionen ab.

In einfacher Abstimmung werden angenommen das Kreditbankgesetz, der Gesetzentwurf über die Liquidation der Rentenbank und das Münzgesetz. Danach stimmen geschlossen die Kommunisten, Nationalsozialisten und die Deutschnationalen. 247 Stimmen waren dafür 173 dagegen.

In der weiteren Abstimmung wird das Gesetz über die Ausdehnung der namentlichen Abstimmung mit 247 gegen 173 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Zum Aufbringungsrecht werden die vorkommenden Änderungsanträge angenommen, wonach auch die öffentlichen Betriebe befristet werden sollen. Die Gesamtvorlage wird in zweiter Lesung angenommen.

Vor der Abstimmung über das Reichsbahngesetz zieht Herr Dr. Damm (Dmit.) seinen Antrag zurück, wonach zur Annahme des Gesetzes die einfache Mehrheit genügen soll.

Kommunisten und Nationalsozialisten verhalten sich wieder und lassen die namentliche Abstimmung über das Reichsbahngesetz durch.

Die namentliche Abstimmung ergibt 248 Stimmen für, 174 Stimmen gegen das Reichsbahngesetz. Die nach der Einleitung des Gesetzes erforderliche Zweidrittelmehrheit ist damit in zweiter Lesung nicht erreicht worden.

Das Gesetz über die Verhältnisse der Reichsbahn wird in dritter Lesung angenommen.

Vor der Abstimmung über das Manoeuvresgesetz zum Londoner Abkommen erklärt Herr Schütz-Bromberg (Dmit.) für den Fall der Annahme des Manoeuvresgesetzes der Volkspartei, der u. a. die hochkulturelle Räumung des Ruhrgebietes fordert, behalte sich die Deutschnationalen Fraktion Änderungsanträge für die dritte Lesung vor. (Lärm links: Heul! Heul!)

Herr Koch (Dem.) erklärt, daß keine Fraktion die Anträge ablehnen werde, da sie Selbstverständlichkeiten enthalten.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und Deutschnationalen werden die Anträge der Volkspartei bei Stimmenthaltung der Nationalsozialisten angenommen. In namentlicher Abstimmung wird dann das Manoeuvresgesetz mit 248 gegen 176 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Damit ist die zweite Beratung der Gutachtenentwürfe abgeschlossen.

Gegen 9 Uhr abends vertagt sich das Haus auf Donnerstag vormittag 10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht neben kleineren Vorlagen und dem Antragsentwurf der Nationalsozialisten die dritte Beratung und endgültige Verabschiedung der Gutachtenentwürfe.

In der Geschäftsordnungsdebatte bemerkt Herr Koch (Komm.), wie einer Reichstagsabstimmung sei nicht mehr zu rechnen, worauf Herr Schütz-Bromberg (Dmit.) ruft: „Da irren Sie sich!“

Christliche Arbeiterführer gegen Stegerwald.
Sozialm., 27. August. (Eigener Drahtbericht.) Im Zusammenhang mit der Bildung, die im Hintergrund des deutschnationalen Unfalls Stegerwald als Kanzler des Bürgerblocks erscheint, dürfte es nicht uninteressant sein, darauf zu verweisen, daß Stegerwald auch von den christlichen Bergarbeitern im Ruhrgebiet, aus

deren Reihen der „kommende Mann“ bekanntlich hervorging, entsetzt abgelehnt wird.

In Köln tagt gegenwärtig die Generalversammlung des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter. Ihren Höhepunkt fand diese Tagung in einer entsetzten Resolution des Abgeordneten Jambusch gegen Stegerwald und dessen Organ „Der Deutsche“. Von Stegerwald behauptete Jambusch, daß seine Stellung im christlichen Gewerkschaftsverband stark erschüttert sei. Jambusch erklärte unter anderem unerschrocken, daß wenn es nach den Wünschen gewisser Personen ginge, — womit nur Stegerwald gemeint sein konnte — die christliche Gewerkschaftsbewegung anders werden müßte, als sie seit 30 Jahren gewesen ist. Von dem „Deutschen“ behauptete Jambusch, daß er eine verabschiedete Wirkung ausübe, und in einem un-demokratischen, unsozialen und direkt bergarbeiterfeindlichen Geiste redigiert sei. Jeder sehe ein, daß es so nicht weiter gehen könne.

Die Lex Fetschenbach verlagt!

In der heutigen Sitzung des Reichsausschusses des Reichstages sollte endlich der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion verabschiedet werden, durch den ein Wiedereröffnungsverfahren gegen die Urteile der harrischen Volksgerichte eingeführt werden soll. Der Abgeordnete Komplex von der Deutschen Volkspartei beantragte aber Verlegung, weil der Reichstag diese Vorlage jetzt doch nicht mehr verabschieden könne. Vergeblich erhob Genosse Dr. Rosenfeld gegen den Verlegungsantrag Einspruch. Er wies darauf hin, daß die Vorlage bereits den Reichsausschuß und auch einen Unterausschuß einmal befristet habe, daß der Ausschuß sie fast einstimmig angenommen habe, daß auch im Plenum gegen die Annahme in zweiter Lesung ein Widerspruch erfolgt sei, und schließlich der Widerspruch des Abgeordneten Dr. Weid von der Volkspartei die sofortige Verabschiedung der Vorlage verhindert habe. Gegen die Stimmen unserer Genossen, der Demokraten und Kommunisten wurde die Verlegung beschlossen.

Es ist ein bezeichnendes Symptom für das Wesen des Bürgerblocks, daß der Rufhandel zu seiner Herbeiführung sofort ein Werk der reinen Menschlichkeit verhindert, wie es die Nachprüfung eines Justizirrtums ist. Was Genosse Kadbruch als Reichsjustizminister nicht durchsetzen konnte, wäre durch dieses Gesetz erreicht worden. Das Bestreben der Volksparteier, den Bürgerblock zu leimen, verhindert der in zweiter Lesung bereits angenommene Antrag. Und Fetschenbach sitzt weiter im Zuchthaus.

Veteranenbeihilfe für Empfänger im Ausland. Aus einer Verfügung des preussischen Ministers des Innern an die nachgeordneten Behörden teilt der Amtliche Preussische Beauftragte folgendes mit:

Die Zahlung der aus Reichsmitteln bewilligten Veteranenbeihilfe an die im Ausland wohnenden Empfänger, die infolge der starken Entwertung der Mark im Vorjahr geruht hat, wird mit Zustimmung des Reichsfinanzministers wieder aufgenommen. Da das Auswärtige Amt und die ihm unterstellte Legationskasse bei der Vermittlung dieser Zahlungen fortan ausschließt, hat sich der Reichsarbeitsminister bereit erklärt, die auftragsgemäße Zahlung der Veteranenbeihilfe an die im Ausland lebenden Empfänger, die die Beihilfe nicht im Inlande selbst oder durch Bevollmächtigte abholen, durch die Reichsarbeitskasse (Reichsverwaltungskasse), Berlin NW 40, Schornhorststraße 35, zu übernehmen. Sie wird die Zahlungen unter Beachtung der für ihre eigenen Auslandszahlungen geltenden Bestimmungen entweder selbst oder durch die an der Grenze gelegenen Verlegungsämter vorzuschicken vornehmen lassen und am Jahresschluß den Gesamtbetrag von den beteiligten Regierungs-Hauptstellen (Polizeihauptstelle in Berlin) zur Erstattung anfordern.

Wieder einmal „Klassenverfälschung“ statt Klassenüberwindung. Der Landesverband Nordbayer des Deutschen Republikanischen Reichsbundes gibt eine „nationale Schicksaltische für republikanische Lebensgestaltung“ heraus, in der soeben eine Abhandlung des bekannten Liberalen Heinz Potthoff, „Soziale Republik“, erscheint. Es ist nicht nur von Wichtigkeit, sondern auch von der Wichtigkeit überzeugt, Liberalismus und Sozialismus politisch zu einen, ihnen das gleiche Ziel zu setzen. Die Republik soll nicht von einem Volk gestiftet werden, das sich spaltet, weil der Bürger die Lebensnotwendigkeiten des Arbeiters nicht sieht. Republik soll die „Gemeinschaft aller“ bedeuten. Das Mittel ist für ihn die geistige Erziehung der einzelnen zu „Persönlichkeiten“ innerhalb der bestehenden Wirtschaftsordnung. So einverstanden wir damit sind, daß der Bürger in richtiger Erkenntnis seiner Lage seinen Platz neben dem Arbeiter findet, so erschauern doch die Mittel Potthoffs allzu unklar und verworren. Der Sozialismus, der die Wirtschaft tiefer durchleuchtet, weiß, daß nur die Überwindung der gegenwärtigen Wirtschaft die von Potthoff erstrebte „Gemeinschaft aller“ verwirklichen kann.

Albert Reintings Höhenflug.

Roman von Emil Felden.

39) (Nachdruck verboten.)
Ein trostloser, verzweifelter Zug trat in ihr Antlitz. Aber sie lächelte. Erst nach einer Weile ließ sie heraus: „Es war mein Traum.“ So war es, daß das Blut sogar aus ihren Lippen gewichen war. Sie atmete tief auf und fuhr dann wie trahzig fort: „Bin ich nicht aus dem Hause gegangen? Aber was ich draußen erlebt habe, war noch fürchterlicher als ... als ...“

Wiederum schloß sie.

„Magdalena, wenn es so um Sie steht, dann dürfen Sie diesen Mann nicht heiraten ...“

Sie wand auf und lagte bebend am ganzen Körper: „Das — das sagen Sie mir, Sie — mir!“ Wie ein schwerer Wurmziff flane es. Und doch — Worte und Ton klangen ihre Liebe zu mir heraus, und ihre Augen verzieten sie.

Ehe ich zur Bekanntheit kommen konnte, öffnete sich die Stubentür. Kampann trat ein mit einem lauten „Guten Tag, Herr Herr!“ Magdalena packte ihre Sachen hastig zusammen und ging hinaus.

Nach vollemem Verzweifeln, setzte ich mich. „Nun?“ fragte er. Mein Gedanken waren draußen bei Magdalena. „Sie wollen mich sprechen“, lang's ungeduldig von seinen Lippen. „Ja gewiß ... natürlich ... ich wollte ihn sprechen. Beistehendes wegen. Nun war ich wieder bei mir selbst. Ich schickte ihm den Raum, in dem das arme Menschlein heute eine menschenwürdige Behausung, schlummer als ein Stuhl. Es müßte Schiffe getroffen werden. Und dann der Lehrer ...“

„Halt, Herr Herr!“ unterbrach mich Kampann, „erzählen Sie uns über die eine Sache reden.“ Er klopfte sich ungeduldig die Pfeife und zündete sie an. Dann begann er, jedes Wort mit Bedacht herausstrotzend: „Das sind meine, des Bürgermeisters, Angelegenheiten. Wissen Sie nicht hinein; es ist nicht: Ihres Amtes.“

„Nichts liegt mir ferner“, begann ich ruhig, „als mich in Ihre Angelegenheiten einzumischen. Ich will Sie lediglich auf diesen unheilbaren Zustand aufmerksam machen, der Ihnen sicher nicht bekannt ist.“

„Warum sollte er mir nicht bekannt sein, dieser — unheilbare Zustand?“ entgegnete er spöttisch. „Trotzdem habe ich

nicht die geringste Absicht, ihn zu ändern. Weder auf Kommando noch ohne Kommando. Weil es keinen Sinn hat. Denn nächstes Jahr ist das Trauenszimmer wieder in demselben Stall. Es kann das Loch nicht außer halten. Und was meinen Sie wohl, wie lange die Scheiben halten würden? Keine vierzehn Tage! Also nochmals: nicht! Sie sind nicht in meine Angelegenheiten.“ Kalt, fast brockend, kam der letzte Satz von seinen Lippen.

Satte ich ihn recht verstanden? Ich begann hitend auf ihn einzureden, ihm Karamanchen, daß es meine Pflicht als Herrscher sei, für das arme, von Gott und der Welt verlassene Menschlein, nein, Freiwild des Dorfes, einzutreten, aber er blieb bei seiner Ablehnung und schloß mit den Worten: „Wenn Ihnen meine Haltung nicht paßt, so richten Sie doch ein Geheiß an das Landratsamt.“

Ich war furchtbar aufgeregt. Trotzdem entgegne ich ruhig, aber bestimmt: „Unter diesen Umständen wird mir leider nichts anderes übrig bleiben, als Ihrem Rat zu folgen.“

Da sprang Kampann mit zornigem Kopf auf, stellte sich mit gebuldeten Fäusten vor mich und brüllte, daß das ganze Haus erschütterte — nun kommt der richtige Bauer heraus. Hier es mir durch den Sinn — „Ist Sie es! Ist Sie es! Ist Sie es! Ist Sie es! Verlieren Sie Ihren letzten Halt im Dreck! Um eines Bettelmanns willen können Sie den Bürgermeister vor den Kopf. Ihnen muß es ja im Hinterköpfelein reppen. Sie wollen ein Studierter sein, ein Herr? Wie können Sie sich für solche Tagelöhner einsetzen? Werfen Sie nicht, daß Sie damit Ihre ganze Stellung untergraben?“

Grete lächelte herein, hing sich an den Vater und streichelte ihm belohnend den Arm und Hand. „Vater, lieber Vater ... werde ruhig“, das sie. Bitterde Blicke warf sie mir zu: „Gib nach, gib nach!“

Armes, liebes Mädchen — ich darf ja nicht nachgeben. Ruhig entgegnete ich: „Gerade weil ich Herrscher bin, gerade darum muß mir jeder Mensch in meiner Gemeinde gleichwertig sein. Gerade den Armen muß ich beistehen. Oder können Sie das Wort Jesu nicht: „Gehet den Kranken des Armes nicht, wohl aber die Kranken!“ Wenn Betteljule eine Tagelöhnerin geworden ist — sie, das arme, schwachgehaltene Weib ist nicht schuld daran. Sondern jene Leute, die es in der Hand gehabt, aber vernachlässigt haben, mit geringen Opfern ein halbwegs nützliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft aus ihr zu machen.“

„Was? Auch noch Vormüße?“ brüllte Kampann, nunmehr ganz außer sich. „Das ist zu viel.“ Und schlug, Grete abwärts, mit der Faust auf den Tisch, daß die Gläser im Schranke klirren. „Nun ist genau der rechte, Herr Herr. Wir zwei, wir haben nichts mehr miteinander zu sprechen. — Und Sie, Sie hab' ich hierher gebracht, ich Dummkopf.“

Grete warf sich weinend in den Stuhl. Schweigend verließ ich das Zimmer.

Im Hausflur fühlte ich plötzlich etwas Neues an meiner Hand. Tolls großer Kopf legte sich soeben an mich an. Und siehe, eine feine Mädchenhand drückte sich mir, drückte mir die Hand und lagte ruhig: „Verzagen Sie nicht, Herr Herr. So schwer es ist, Gott wird mit Ihnen sein.“

„Magdalena!“ rief ich leise und wollte die Hand fassen, das Mädchen an mich reihen. Doch ebenso schnell wie es gekommen, war es verschwunden. —

Und nun sitze ich hier. Ich möchte weinen, wenn ich an alles Wäre denke, was ich erlebt habe, das mir wohl noch bevorsteht. Trotzdem lache ich und frage, daß die alte Kröche erlaunt wissen will, ob ich eine freudige Nachricht bekommen hätte? Natürlich! Magdalena's Liebe ist mir Gewißheit. Was liegt mir nun an Konflikten mit den Bauern und ihrem Bürgermeister? Mein Gewissen ist rein, und Magdalena liebt mich! Durch die Gassen des Dorfes möchte ich rennen und es in alle Häuser hineinschreien: „Magdalena, die ihr ebenjowenig versteht, wie mich, ist mein, mein!“ Dem Langer aber möchte ich — Gott verzeihe mir diesen Gassenjungenwunsch — die Zunge ganz lang herausstrecken ...

Wie kann ich es an, Magdalena zu sprechen? In ihrem Elternhause ist es unmöglich, ihr aufzutauchen, wenn sie auf die Straße geht? Führt zu nichts, wie die Erfahrung lehrt. Ihr Schreiben? Kampann nimmt, das weiß ich, alle Briefe, die ins Haus kommen, in Empfang, öffnet und liest sie, ehe er sie an seine Tochter weitergibt. Ein Schreiben von mir wird also Magdalena nie erreichen. Ich kann ihn und her. Ein einziger Weg bleibt mir offen: ich muß mich Grete offenbaren und sie als Botin gewinnen.

Grete? Wird sie jetzt noch zu mir halten? Ich vertraue ihrem Wort. Und sie — sie wird mich verstehen.

(Fortsetzung folgt.)

Der Achtstundentag, als Forderung der Alliierten an Deutschland?

Paris, 28. August. (Eigener Funkenbericht.)

Die Arbeitsminister Englands, Belgiens und Deutschlands trafen am 8. September in London zu einer Konferenz zusammen, um über eine Vereinbarung zur Durchführung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag zu beraten. Die Pariser Blätter schreiben den alliierten Regierungen die Absicht zu, von Deutschland unter allen Umständen die strikte Durchführung der internationalen Abmachungen über die Organisation der Arbeit zu fordern.

Es scheint also, als wenn der Achtstundentag uns von den Westmächten aufgezwungen würde, anstatt daß ihn die deutsche Regierung freiwillig erneuert. Maßgebend für die englische und die französische Regierung ist sicherlich der Gedanke, daß die Durchbrechung des internationalen Achtstundentages in einem großen Industrie- und sozialpolitischen Reaktionsland in den Nachbarländern ermutigen muß, die, zumal nach der Erledigung der Reparationsfrage durch die Londoner Abkommen, dann auf deutsche Konkurrenz hinweisen wird. Tatsächlich bedeutet Arbeitszeitverlängerung keine Hebung der Produktion und der Konkurrenzfähigkeit. Das beweisen am besten die Klagen der deutsch-oberösterreichischen Industrie nach der Einführung des Achtstundentages zu einer Zeit, als die polnische Industrie noch durchgehenden Achtstundentag hatte. Es kann uns also sachlich nur recht sein, wenn der Druck der Gläubiger mächte endlich einmal im Sinne sozialpolitischer Fortschritts wirksam wird.

Frankreichs neue Völkerbundspolitik.

Männer der Linken werden nach Genf geschickt.

Paris, 28. August. (Eigener Funkenbericht.)

Der Ministerrat vom Donnerstag wird unter anderem über die Zusammenkunft der französischen Delegation für die Vollversammlung des Völkerbundes zu entscheiden haben. In einer am Mittwoch im Auswärtigen Amt unter dem Vorsitz von Herron abgehaltenen Konferenz sind als Mitglieder der Delegation in Aussicht genommen worden: der Senator Leon Bourgeois, der Präsident der Kammer Paul Painlevé und der sozialistische Abgeordnete Paul Boncour als Hauptdelegierte, ferner die Senatoren Henri de Foville und Sarraute, der Abgeordnete Hennequin und Bonnet, der Generalsekretär der F. T. Souhau und der Präsident der Vereinigung der ehemaligen Kriegsteilnehmer, Caillon, als Beigeordnete.

Der mißglückte deutsch-völkische Putz in Memel.

Litauische Ungerechtigkeiten.

Aus dem Memelgebiet wird uns geschrieben: Die litauischen Behörden veröffentlichten vor wenigen Tagen eine entsetzliche Darstellung über die Putzvorrichtungen nationaldeutscher Kreise gegen das Memelgebiet und dessen litauische Verwaltung. Die Unterdrückung der litauischen Bevölkerung soll unter anderem folgendes ergeben haben: Zunächst wurde in Vorgehen eine Uniformierung aus Deutschland festgesetzt, die auf dem Zollamt nicht abgeholt wurde und die aus 200 Uniformen und 2000 Militärmägen bestand. Es handelt sich dabei um Hularen, Mannen- und Infanteriemägen preußischer Regimenter der alten Armee. Ein Zettel bei der Sendung gab als Empfänger einen gewissen Schwarz aus Hendebrun an, der schon früher in dem Verdacht stand, Sprengstoffe ins Memelgebiet eingeschmuggelt zu haben. Der Putzplan selbst sah folgendes vor: Drei Gruppen sollten in der Putznacht die Memeler Kasernen, in der die litauische Besatzung liegt, überfallen. Einer vierten Gruppe war die Aufgabe zugesetzt, die Kasernen, den Hofen und den Flugplatz zu besetzen. Am Morgen sollten sämtliche Automobile des Memelgebietes beschlagnahmt werden. Es sollten dazu dienen, eine Verbindung mit dem Sitz der litauischen Verwaltung in Litka herzustellen. Gleichzeitig sollten alle litauischen Offiziere und Beamte als Geiseln auf den zur Abfahrt bereitgehaltenen Lokaldampfer „Schlissmann“ gebracht werden. Zu einer letzten Besprechung des Planes sollte sich am 1. August eine Abordnung der Besatzung aus dem Memelgebiet zu dem Führer der Putzisten in Ostpreußen, dem Hauptmann Ammon in Litka, begeben. Bei der Deute, die für den Putz gewonnen waren, sollen bereits mit Waffen versehen gewesen sein. Die weitere Bewaffnung war von einem Waffenhändler Schwertler zugekauft, außerdem wurden aus Litka 10 Maschinenwaffen erwartet. Ingesamt sollen an der Organisation des Putzes 400 Mitglieder nationaldeutscher Verbände beteiligt gewesen sein.

Die Aburteilung der angeblichen Putzisten soll durch ein Kriegsgericht auf Grund einer Verordnung erfolgen, die rüd-

wirkende Kraft besitzt. Dabei steht das Memelstatut ausdrücklich vor, daß im Memelgebiet nicht das litauische Recht, sondern das deutsche Strafrecht gilt. Im übrigen wollen die Gerichte nicht verheimlichen, daß die wegen Teilnahme an dem Putzversuch Verhafteten in den ersten Tagen nach ihrer Festnahme den schwersten Mißhandlungen ausgesetzt gewesen seien, bis der Untersuchungsrichter aus Kowno eintrifft.

Ausnahmezustand in Petersburg.

Ein Bild aus dem Sowjetparadies.

Aus Petersburg meldet WTB: Der Kommandant des Handwerksbezirks Petersburg hat über den Hafen wegen des schon einige Tage andauernden Generalstreiks der Hafenarbeiter den Ausnahmezustand verhängt. Der Grund des Streiks sind Lohnfreistellungen und Entlassungen von Arbeitern. Der Ausnahmezustand wird streng durchgeführt. Die Hafenwachen haben Verstärkung erhalten. Unter Androhung des Wasserbrandes ist jedes Betreten des Hafens ohne besondere Genehmigung verboten worden, ebenso jegliches Sprechen mit den Wachen, die Abhaltung von Versammlungen und alle Anzeigen.

Keine Auslands-Nachrichten.

Die ordentliche Legislaturperiode des französischen Parlaments ist am Mittwoch nachmittag durch die Regierung geschlossen worden. Kammer und Senat wurden bis zum Herbst vertagt.

Der spanische Oberst Cipriano de Los Monteros, erst vor einigen Monaten vom Völkerbund zum Mitglied der Regierungskommission für das Saargebiet ernannt, ist in einem französischen Kurort plötzlich gestorben. Er war Vertreter vom Generalismus und wurde von Branting bekämpft.

Polens Getreideausfuhr eingestrichelt. Eine Ministerkonferenz unter dem Vorsitz Grabstis hat gestern beschlossen, jede Ausfuhr von Getreide aus Polen vorläufig zu verbieten. Der Grund für diese Maßnahme ist in der Misere zu sehen, die nach den Ausdrucksberichten noch weit entfernt erscheint, als befürchtet worden war.

Eine neue Sowjet-Republik. Das ukrainische Exekutivkomitee hat beschlossen, im Gebiet des Russes Dnjestr an der rumänischen Grenze eine neue Sowjet-Republik unter dem Namen „Moldau Republik“ zu gründen. Diese Republik soll einen untrennbaren Teil der Ukraine bilden. Angesichts der russischen Ansprüche auf Bessarabien, deren Verleugnung zum großen Teil aus Moldauern (Moldawianen) besteht, gewinnt diese Neugründung politische Bedeutung.

Moskau verhandelt mit dem Völkerbund und Ungarn. Demnächst sollen in Wien Verhandlungen über die Anknüpfung diplomatischer Beziehungen zwischen Ungarn und dem Sowjetbunde beginnen. In Moskau hat eine Gruppe ungarischer Kapitalisten Fühlung mit dortigen wirtschaftspolitischen Kreisen genommen. Nach der Rückkehr dieser Finanzvertreter nach Budapest ist die ungarische Regierung des Grauen Beschlusses aus ihrer bisherigen Politik Moskau gegenüber herauszutreten, so daß die Eröffnung von Verhandlungen in den nächsten Tagen erwartet wird.

Eine Niederlage der amerikanischen Ordisch. Der Ku-Klux-Klan hat bei den Gouvernements-Wahlen in Texas eine große Niederlage erlitten, indem Frau Ferguson mit einer Mehrheit von über 100 000 Stimmen gegen den Ku-Klux-Klan-Kandidaten zum Gouverneur gewählt wurde. Diese Niederlage in einer der Hochburgen des Ku-Klux-Klans enthält die tatsächliche Schwäche dieser Bewegung. Frau Ferguson ist übrigens damit der erste weibliche Gouverneur in den Vereinigten Staaten geworden.

Die schlechte Weltreiserte. Für das nächste Jahr haben wir mit einer beträchtlichen Knappheit an Reis und demzufolge auch mit verteuerten Preisen für den Reis zu rechnen. Die vorhandenen Vorräte sind sehr geringfügig. Insbesondere wurde viel weniger Reis nach Europa verschifft als in den vergangenen Jahren. Japan und China hatten letztes Jahr eine sehr ungünstige Ernte und haben daher die asiatischen Vorräte aus Indo-China und Birma aufgebraucht. Die nächste Ernte Indiens soll nach Schätzungen der Regierung mehrere Millionen Tonnen unter der des Vorjahres bleiben. Die Ernte in Birma und in Japan wird ebenfalls um je eine halbe Million Tonnen niedriger sein als ein Jahr vorher. Esam soll zu Ausfuhrzwecken einen Ueberschuß von einer Million Tonnen haben, der aber von Japan, China und Kuba sicher aufgenommen werden wird. Insbesondere kann Japan die hohen Getreidepreise nicht ertragen und wird daher seinen Reisverbrauch noch vergrößern. Brasilien, das bisher Reis nach Europa ausfuhrte, muß dieses Jahr seinen Bedarf noch durch Einfuhr ergänzen. Auch in Nordamerika ist ein Mangel an Reis vorhanden. In Hamburg, dem Mittelpunkt des Reichshandels, werden bereits höhere Reispreise notiert, und wie der „Economist“ berichtet, ist die Spekulation bereits auf den Plan getreten. Nach Ansicht dieser Zeitschrift ist die Verknappung und Preissteigerung des Reises von diesem Herbst an unumkehrlich.

Ausgleichsstaffen in der Erwerbslosenfürsorge.

Neue Finanzmethoden zur Herbeiführung eines Postenausgleichs.

Dem Amtlichen Preussischen Pressedienst wird aus dem preussischen Volkswohlfahrtsministerium geschrieben:

Nach der Verordnung vom 16. Februar 1924 sind Lasten-träger der Erwerbslosenfürsorge die Arbeitsnachweisbezirke. Die Kosten der Erwerbslosenfürsorge werden aufgebracht durch Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, durch einen auf ein Hundert des Gesamtaufwandes bemessenen Anteil der Gemeinden und durch Beihilfen von Reich und Staat. Die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden durch den Verwaltungsausschuß des Arbeitsnachweisbezirkes festgelegt. Die Höchstgrenze der Beiträge beträgt 3 v. H. des Grundlohnes. Sind Beiträge in dieser Höhe zwei Wochen lang erhoben, so leisten Reich und Staat Zuschüsse, wenn der betreffende Arbeitsnachweisbezirk mit den Beiträgen und dem Gemeindeanteil nicht auskommt.

Die Beihilfenpflicht von Reich und Staat in dieser Form hat in der Praxis häufig zu Unzutraglichkeiten geführt. So war beispielsweise in dem einen Arbeitsnachweisbezirk mit großer Arbeitslosigkeit die Beitragshöchstgrenze längst erreicht, während in einem benachbarten Arbeitsnachweisbezirk mit geringerer Arbeitslosigkeit noch verhältnismäßig geringe Beiträge erhoben wurden. Auch mußten Reich und Staat unverhältnismäßig hohe Beihilfen an die Bezirke mit starker Arbeitslosigkeit leisten, während die Bezirke mit geringer Arbeitslosigkeit zu den Kosten der Bezirke mit großer Arbeitslosigkeit nicht beitrugen. Um einen Lastenausgleich herbeizuführen, ist vom 1. September d. J. ab für den Umfang des preussischen Staates bestimmt worden, daß jeder örtliche Arbeitsnachweis die Höhe seines Beitragssatzes — bis zu 2 v. H. des Grundlohnes — selbst bestimmen kann, daß aber ein bestimmter Bruchteil der Beiträge an die Provinzial-Ausgleichsstaffe und an die Landes-Ausgleichsstaffe abzuführen ist. Die Provinzen können bis zu 1/2 v. H. des Grundlohnes die Höhe ihres Beitragssatzes selbst bestimmen, während für die preussische Landes-Ausgleichsstaffe vorläufig der Ausgleichsbeitrag auf 1/2 v. H. des Grundlohnes festgelegt ist. Die örtlichen Arbeitsnachweise können die Ausgleichsstaffen erst in Anspruch nehmen, wenn sie eine bestimmte Zeit hindurch den Höchstbeitrag erhoben und den Aufsichtsbehörden nachgewiesen haben, daß sie mit den Höchstbeiträgen die Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge innerhalb ihres Bezirkes nicht decken können.

Der Vorteil dieser Regelung besteht darin, daß die örtlichen Arbeitsnachweise, die im Einzelnen die Erwerbslosenfürsorgeunterstützung bewilligen und damit über die Ausgaben beschließen, nach wie vor über die Höhe des Beitragssatzes, d. h. über die Einnahmeseite, bestimmen können und, da sie die ungedeckten Ausgaben nicht ohne weiteres auf die Ausgleichsstaffen abwälzen können, das Interesse an einer sparsamen Finanzwirtschaft behalten. Auf der anderen Seite wird aber durch die Provinzialstafeln und die Landes-Ausgleichsstaffe der erforderliche Ausgleich zwischen Gebieten mit geringer und größerer Erwerbslosigkeit herbeigeführt.

Erleichterung des Ueberganges abgebauter Beamter in andere Berufe.

Mitwirkung der öffentlichen Berufsberatungsstellen.

Der preussische Minister für Handel und Gewerbe weist, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, in einem Erlass an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten darauf hin, daß eine große Zahl von Beamten, die durch den Personalabbau des Reiches, des Staates und der Gemeinden aus ihrer Tätigkeit herausgerissen worden sind, für die deutsche Wirtschaft auf Grund ihrer Erfahrungen noch gute Dienste leisten können, wenn sie sich durch eine Zusatzausbildung hierfür die nötigen Kenntnisse aneignen. Er warnt aber vor dem Eintritt in überflüssige Berufe und empfiehlt solchen Beamten dringend, sich an die öffentlichen Berufsberatungsstellen zu wenden, die in der Regel mit dem öffentlichen Arbeitsnachweis verbunden sind. Die Vorbereitung auf die neue Tätigkeit wird vielfach durch den Besuch der Fach- und Berufsschulen folgen können. Die Träger der gewerblichen und kaufmännischen Schulen, die Berufsberatungsstellen und die Direktoren der Staatlichen Fachschulen sind daher ersucht worden, der Beratung und Schulung der abgebauten Beamten ihre Aufmerksamkeit zu schenken und Wünschen der Beamtenorganisationen nach Möglichkeit entgegenzukommen.

Günstiger Volksentscheid in Schaumburg-Lippe. Bei dem Volksentscheid in Schaumburg-Lippe über die Auflösung des Landtages, der eine sozialistische Mehrheit brachte, wurden am Sonntag bisher insgesamt 11 432 Stimmen abgegeben; dabei sind etwa 1000 ungültige Stimmen. Nur aus sechs kleineren Orten stehen die Ergebnisse noch aus. Danach scheint es, als ob der Ordnungsbund seinen Zweck nicht erreicht habe, da zur Auflösung des Landtages rund 17 000 Ja-Stimmen erforderlich gewesen wären.

Aus aller Welt.

Riesige Ueberschwemmungen in der Altmark.

Die Altmark ist durch die starken Niederschläge der jüngsten Zeit von einer Ueberschwemmungskatastrophe heimgesucht worden, die an Umfang das Hochwasserunfall von 1909 weit übertrifft. Im Kreis Osterburg ist eine Fläche von etwa 120 000 Morgen von den Fluten bedeckt. Die Ernte kann hier als vollkommen verloren angesehen werden. Heute morgen weite eine Regierungskommission hier, um eine Hilfsaktion einzuleiten.

Die Probefahrt des Zeppelins verschoben.

Nach einer Mitteilung der Zeppelinwerft in Friedrichshafen findet die für Mittwoch geplante Probefahrt des amerikanischen Zeppelins nicht statt. Der Tag der Probefahrt ist noch nicht festgesetzt.

Ein proletarischer „Kosmos“.

Aus der Erkenntnis heraus, daß Bildungsschriften des bürgerlichen Lagers das für Proletarier wichtige Wissen nicht einwandfrei vermitteln können und wollen, haben sich Gesinnungsgenossen entschlossen, mit dem Sitz in Jena eine Urania-Verlags-Gesellschaft m. B. H. neu zu begründen, die vom Oktober ab eine Monatschrift „Urania“ mit Buchbeigaben herausgibt. An ihr wirken zahlreiche Genossen mit, die in der proletarischen Bildungsarbeit seit langem tätig sind. Inhaltlich wird sich die „Urania“ vom bürgerlichen Kosmos wesentlich unterscheiden; neben der Naturerkenntnis wird auch die Gesellschaftslehre in den Kreis der Betrachtungen gezogen. Die Grundentscheidung ist marxistisch. Die Buchbeigaben des 1. Jahrgangs sind „Entwicklung der Lebenslehre“ von Genossen Prof. Dr. Schögel, „Erdöl und Erdölpolitik“ von Genossen G. Engelbert Graf, „Das Kind in der Gesellschaft“ von Genossen Dr. O. F. Kanitz. Die Bezugspreise sind vierteljährlich 1,25 Mark, mit gebundener Buchbeigabe 1,80 Mark.

Genosse Vorländer zum Universitätsprofessor ernannt.

Zum Honorarprofessor in der philosophischen und naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Würzburg ist der Ober-Sekretär bei dem Provinzialhochschulrat, Dr. Vorländer,

beauftragter Dozent für Moral, Staats- und Gesellschaftsphilosophie ernannt worden. — Genosse Vorländer ist als sozialistischer Theoretiker bekannt, der sich vor allem durch seine Studien über Kant und Marx einen wissenschaftlichen Ruf erworben hat.

Deutsche Massentouristen nach Dänemark.

Nach der dänischen Touristenzentrale haben in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 145 000 Fremde Kopenhagen besucht. Das ergibt rund 15 000 mehr als im Vorjahr. Dieser Zuwachs wird besonders auf den nach langer Kriegs- und Inflationspause wieder einsetzenden deutschen Fremdenstrom zurückgeführt.

Sechstage-Rennen zwischen Mensch und Pferd.

Im Londoner Kristallpalast findet gegenwärtig 10 Stunden lang täglich auf ein sechs Tage berechnetes Wettrennen zwischen dem bekannten Berufsläufer Hart und einem Pferd mit dem Namen Nighthall im Sattel statt. Während der ersten beiden Tage war es dem Läufer, geglädt, einen Vorsprung von mehreren Kilometern zu erzielen. Am Ende des dritten Tages war er indessen von dem Pferd stark überholt. Dieses hatte 297 Kilometer zurückgelegt gegen 295 Kilometer, die der Läufer zu seinen Gunsten buchen konnte. Die Voraussagen über den endgültigen Sieg sind geteilt, der Läufer selbst ist aber von seiner Ueberlegenheit zum Durchhalten überzeugt und zweifelt nicht, daß er am sechsten Tage als Sieger aus der Konkurrenz hervorgehen werde. Das würde für die Intelligenz des Pferdes sprechen. Es ist eben nicht so einfach ein Pferd, das es sechs Tage lang in der Runde läuft.

Shaw über den „heiligen Premier“.

George Bernhard Shaw, der im schottischen Hochland seinen Sommeraufenthalt genommen hat, besuchte bei dieser Gelegenheit den Geburtsort Ramsay MacDonalds, Vorkämpfers der Naturlich wurde er darüber ausgefragt, und in seiner Antwort spielte er auf eine lokale Tragikomödie an, die dem englischen Premierminister in seiner Vaterstadt passiert ist. Während des Krieges wurde nämlich MacDonald wegen seiner „unpatriotischen“ Haltung aus dem Golfklub des Städtchens ausgeschlossen und die Landsteuer des Premierministers haben sich jüngst gegenwert, ihn wieder aufzunehmen. „Ich würde Ramsay besuchen“, sagte

Shaw, „weil ich den bringenden Wunsch hatte, den Ort zu sehen, der zu gleicher Zeit den besten Premierminister meines Zeitalters und die erlauchtteste Ansammlung von Golfclubs, die die Geschichte kennt, hervorgebracht hat. Man sollte beiden gemeinsam hier ein Denkmal errichten.“

Militärische russische Filmpropaganda.

In Bukarest herrscht Aufregung über einen Film, der vom russischen Propagandadienst aufgenommen worden ist. In diesem Film sieht man rumänische Soldaten den Dnjestr überqueren. Dann greift die Rote Armee ein und verjagt die Angreifer. Am 13. und 15. August hat in der Nähe von Tiraspol, unweit der bessarabischen Grenze, diese Filmschlacht stattgefunden. Die rumänischen Soldaten waren russische Statisten, und die ganze Szene ist offenbar gedreht worden, um der russischen Bevölkerung die angebliche Notwendigkeit einer starken Heeresmacht an der bessarabischen Grenze anschaulich zu machen.

Ein asiatisches Museum in Moskau.

Trotzdem Rußland zum großen Teil ein asiatischer Staat ist, fehlten doch bisher größere Sammlungen asiatischer Kunst dort vollständig. Um diesem Mangel abzuhelfen, ist jetzt in Moskau ein neues Museum Asiatika gegründet worden, das im Erdgeschoss der Straganoff-Kunstschule in geschmackvoller Weise aufgestellt und der Öffentlichkeit übergeben wurde. Wie der Moskauer Berichterstatter des „Cicerone“ meldet, entstammt der vorläufige Besitz dieses asiatischen Museums einigen nationalisierten oder käuflich erworbenen Privatsammlungen, sowie anderen Museen, in denen sich einzelne Werke vorfinden. Der Bestand ist bisher noch nicht hervorragend, doch ist ein guter Grundstock gebildet, der zur Erweiterung und Bervollständigung einladet, und die Hauptzweige asiatischer Kunst sind vertreten. In einzelnen Abteilungen finden sich auch erstklassige Sachen, wie die Stoffe und Miniaturen aus der Sammlung des verstorbenen Peter Iwan Schischastkin, sowie altpersische Pagancen, chinesische Keramik und Gemälde.

Die Cholera in Indien.

Aus Allahabad wird gemeldet: Von Cholera wurden in der letzten Woche 3000 Fälle gemeldet.

... hat er für auszufüllen. Wenn die Steuererhöhung so gut ist, daß das Reich die Beamtengehälter erhöht, dann sei die Wirtschaftslage um so gut, daß auch die Betriebsgesellschaft mehr einnehmen könne. An der Stellung der Militäranwärter werde nichts geändert. Was wie vor dieser der verantwortliche Minister, an den die Reichstag gehen kann.

Damit in die zweite Lesung der Eisenbahnenordnungen erledigt. Es folgt die zweite Lesung des Währungsgesetzes zu den Londoner Vereinbarungen. Da niemand das Wort ergriff, ist die zweite Lesung aller durch das Sachverständigenrat bedingten Gesetze erledigt. Die Abstimmung wird zurückgestellt.

Abstrich der Tagesordnung verlangt Frau Golke-Arch (Komm.), daß die Annahme auch auf die Kommunisten jenseit im Befolgen wie im unbesetzten Gebiet ausgedehnt werden.

Abg. Wilmann (Soz.) unterstützt das Verlangen, die Abstrich in diesem Gebiet möglichst weitgehend auszuüben und auch auf die prinzipiellen Bestimmungen im unbesetzten Gebiet auszudehnen. Er weist den Vorschlag zurück, daß die Sozialdemokratie irgend etwas mit den Separatisten zu tun gehabt habe. (Lärm bei den Kommunisten. Ruf: Wilmann!)

Abg. Koch (Dem.) erklärt, die Demokratische Partei kämpft nicht die gewöhnlich gegen die Separatisten verfahren, sondern die prinzipielle Gegnerin von Unmengen politischer Verbots. (Lärm bei den Nat.-Soz. und Kommunisten.) In dieser Frage habe sich wieder die innere Gemeinschaft zwischen Kommunisten und Völkischen gezeigt. Auf alle Fälle müsse man abwarten, ob am Donnerstag nachmittags der Beschluß gefaßt wird, die Separatisten frei zu lassen. Die Demokratischen und Kommunisten hätten den beabsichtigten Vorschlag am Vormittag hervorgehoben. Er hoffe, daß dieser Reichstag entweder in kürzester Frist die Kraft findet, sich gegen solchen Vandalen zu wehren, oder den Weg geht, den es verdient. (Großer Lärm bei den Kommunisten und Nat.-Soz.)

Abg. Dr. Dnaas (Dnt.) erklärt, er habe in der zweiten Beratung nicht gegen das Reichsbahngesetz zu sprechen brauchen; er hätte nur den Ausführungen des Kommunisten Abg. Rosenfeld zuzuhören können. — Es folgen mehrere persönliche Bemerkungen.

Abg. Wilmann (Soz.) erklärt, die Beratungen des Reichstages werden um 2 1/2 Uhr die Sitzung bis 5 Uhr unterbrochen.

Die Abenditzung.

Präsident Wallraf eröffnet und ruft den völkischen Abgeordneten von Graefe nachträglich zur Ordnung wegen seiner beleidigenden Äußerung gegen den Abg. Brodauf. Nicht alle, die sich einer öffentlichen Verletzung der Ordnung schuldig gemacht haben, seien einwandfrei ermittelt. Jetzt stehe indessen, daß als Anzeichen für die Willigkeit der kommunistischen Abgeordneten Graefe, Reddermeyer und Epstein. Wegen größter Verletzung der Ordnung des Hauses schließe er diese drei Abgeordneten von der heutigen Sitzung aus und fordere sie auf, den Saal zu verlassen.

Nach kurzer Zeit stellt der Präsident fest, daß die drei Abgeordneten seiner Aufforderung zum Verlassen des Saales nicht gehorcht sind und unterbricht daher die Sitzung auf 5 Minuten.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung stellt Präsident Wallraf fest, daß die drei ausgeschlossenen Abgeordneten noch immer im Saale anwesend sind. Dadurch hätten sie sich den Ausschluß für 20 Sitzungstage zugezogen, nachdem die erste Weigerung ihren Ausschluß für 8 Sitzungen herbeigeführt habe. Der Präsident fährt fort: Nach der Reichsverfassung hat der Reichstagspräsident das Hausrecht im Reichstag und Widerspruch gegen seine Maßnahmen ist Hausverbrechen und Widerspruch gegen die rechtmäßig ausgeübte Staatsgewalt. (Lärm bei den Kommunisten, Beifall bei den anderen Parteien.) Abgeordnete, die auf feiner Tat festgenommen werden, verlieren ihre Immunität.

Darauf läßt der Präsident die Tribünen räumen und bittet auch die Abgeordneten, die Vertreter der Regierung und die Presse, den Saal zu verlassen. Dieser Aufforderung wird Folge geleistet mit Ausnahme der Kommunisten, die im Saale bleiben und die Internationalisten folgen. Darauf führen Kriminalbeamte die Abgeordneten Epstein und Graefe, ohne Widerstand zu finden, aus dem Saale, den der Abgeordnete Reddermeyer schon vor dem Erscheinen der Polizei verlassen hatte.

Präsident Wallraf:

Die polizeiliche Entfernung von Abgeordneten aus diesem Saale steht einzig da in der Geschichte des Deutschen Reichstags. Ich hoffe, daß es das letzte mal gewesen ist. Das Recht des einzelnen Abgeordneten, seine Meinung hier auszusprechen, muß ebenso gewahrt werden wie die Würde des Reichstages. (Beifall bei der Mehrheit. Lärm bei den Kommunisten.)

Hiernach folgt die Abstimmung über die Gutachtensgesetze in zweiter Lesung: Die Kommunisten beantragen namentliche Abstimmung über das Bankgesetz. Der Antrag wird von den National-Sozialisten unterstützt. Die namentliche Abstimmung ergibt die Annahme des Bankgesetzes mit 249 gegen 171 Stimmen. Dagegen haben die Deutschnationalen, National-Sozialisten, Deutsch-Sozialen und Kommunisten gestimmt. Zwei Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Vor der weiteren Abstimmung gibt Abgeordneter Dr. Fried für die National-Sozialistische Freipartei eine Erklärung ab,

daß sämtliche Entschuldigungen und Anträge zum Beweisbuchachten lediglich den Verzicht darstellen, der Deutschen Nationalen Volkspartei zu tun. Die National-Sozialisten nehmen daher keine Stellung zu den Entschuldigungen und Anträgen, sondern enthalten sich der Stimme.

Abg. Wilmann (Soz.):

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird, wie bisher, mit Entschiedenheit dafür wirken, daß die rechts-widrige Besetzung des Reichstages und der übrigen Sanktionsgebiete so rasch wie möglich, jedenfalls noch erheblich vor dem 15. August nächsten Jahres, aufgehoben und für die Röhler Zone die am 10. Januar ablaufende Räumungsfrist pünktlich eingehalten wird. Gegen ihren Grundrissen und in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der sozialistischen und gewerkschaftlichen Internationalen, bekämpft die deutsche Sozialdemokratie jede Unterdrückung der demokratischen Bewegung durch fremde Reichshaber und fordert die Räumung des gesamten besetzten Gebiets vor den verantwortlichen Verantwortlichen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärt weiter, daß nach Sinn und Wertung des Londoner Vertrages die von Deutschland übernommenen Verpflichtungen vom Zukunftsstandpunkt her den Deutschen zu gewöhnlichen Anleihen abhangig sind.

Er erklärt weiter, daß sie, wie sie durch ihren Redner, den Abgeordneten Scheidemann, in der Sitzung vom 25. Juli ausführlich hat darlegen können, um die Verantwortlichen Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges nie annehmen kann.

Ja, ich kann nicht, daß die vorliegenden Anträge und Resolutionen auf dem gegebenen Rechtszustand und der Lage des Deutschen Volkes nichts zu ändern vermögen. Ihre Annahme wird lediglich die Verantwortlichen der Zukunft durch die Annahme eines Teils der Mitglieder dieses Hauses durch Einräumung von Regierungsgewalt und wirtschaftlichen Angelegenheiten zu einer Veränderung seiner bisherigen Haltung zu bewegen. Aus diesem Grunde lehnt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion alle diese Anträge und Resolutionen ab.

In einfacher Abstimmung werden angenommen das Prioritätenabgesetz, der Vorschlag über die Liquidation der Rentenbank und das Währungsgesetz. Dagegen wurden nicht angenommen die Kommunisten, National-Sozialisten und die Deutschnationalen. 217 Stimmen waren dafür, 173 dagegen.

In der weiteren Abstimmung wird das Gesetz über die Ausdehnung der namentlichen Abstimmung mit 247 gegen 173 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Zum Auftragsgesetz werden die vorkommenden Änderungsanträge angenommen, wogegen die öffentlichen Betriebe befreit werden sollen. Die Gesamtvorlage wird in zweiter Lesung angenommen.

Vor der Abstimmung über das Reichsbahngesetz zieht Abg. Dr. Brodauf (Nat.-Soz.) seinen Antrag zurück, wonach zur Annahme des Gesetzes die einfache Mehrheit genügen soll.

Kommunisten und National-Sozialisten verweigern sich wieder und lassen die namentliche Abstimmung über das Reichsbahngesetz durch.

Die namentliche Abstimmung ergibt 248 Stimmen für, 174 Stimmen gegen das Reichsbahngesetz. Die nach der Einleitung des Gesetzes erforderliche Zweidrittelmehrheit ist damit in zweiter Lesung nicht erreicht worden.

Das Gesetz über die Verhältnisse der Reichsbahn wird in einfacher Abstimmung angenommen.

Vor der Abstimmung über das Handelsgesetz zum Londoner Abkommen erklärt Abg. Schulz-Bromberg (Dnt.), für den Fall der Annahme des Abänderungsantrages der Volkspartei, der u. a. die belgische Kammer des Reichstages fordert, behalte sich die Deutschnationalen die Abänderungsanträge für die dritte Lesung vor. (Lärm links: Horst! Horst!)

Abg. Koch (Dem.) erklärt, daß keine Fraktion die Anträge ablehnen werde, da sie Selbstverständlichkeiten enthalten.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und Deutschnationalen werden die Anträge der Volkspartei bei Stimmenthaltung der National-Sozialisten angenommen. In namentlicher Abstimmung wird dann das Handelsgesetz mit 248 gegen 178 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Damit ist die zweite Beratung der Gutachtensgesetze abgeschlossen.

Gegen 9 Uhr abends verläßt sich das Haus auf Donnerstag vormittag 10 Uhr. Vor der Tagesordnung steht neben kleineren Vorlagen und dem Antragsantrag der National-Sozialisten die dritte Beratung und endgültige Verabschiedung der Gutachtensgesetze.

In der Geschäftsordnungsdebatte bemerkt Abg. Koch (Komm.), mit einer Reichstagsreform sei nicht mehr zu rechnen, worauf Abg. Schulz-Bromberg (Dnt.) ruft: „Da lassen Sie sich!“

Christliche Arbeiterführer gegen Stegerwald.

Bochum, 27. August. (Eigener Drahtbericht.) Im Zusammenhang mit der Weidung, daß im Hintergrund des Deutschen Nationalen Amials Stegerwald als Kandidat des Bürgerblocks erklärt, dürfte es nicht uninteressant sein, darauf zu verweisen, daß Stegerwald auch von den christlichen Bergarbeitern im Ruhrgebiet, aus deren Reihen der „kommende Mann“ bekanntlich hervorgeht, entschieden abgelehnt wird.

In Köln tagt gegenwärtig die Generalversammlung des Gewerkschaftsbundes Bergarbeiter. Ihren Höhepunkt fand diese Tagung in einer entscheidenden Polemik des Abgeordneten Zumbusch gegen Stegerwald und dessen Organ „Der Deutsche“. Von Stegerwald behauptete Zumbusch, daß seine Stellung im christlichen Gewerkschaftsbund stark erschüttert sei. Zumbusch erklärte unter anderem unvorhersehbar, daß, wenn es nach den Wünschen gewisser Personen ginge, — womit nur Stegerwald gemeint sein konnte — die christliche Gewerkschaftsbewegung anders werden müßte, als sie seit 30 Jahren gewesen ist. Von dem „Deutschen“ behauptete Zumbusch, daß er eine verhängnisvolle Wirkung ausübe, und in einem arbeitserfreundlichen Geiste redigiert sei. Jeder sehe ein, daß es so nicht weiter gehen könne.

Die Rex Fehrenbach wieder verhaftet!

In der heutigen Sitzung des Rechtsausschusses des Reichstages sollte endlich der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion verabschiedet werden, durch den ein Wiedereröffnungsverfahren gegen die Urteile der bayerischen Volksgerichte eingeführt werden soll. Der Abgeordnete Kempter von der Deutschen Volkspartei beantragte aber Verzug, weil der Reichstag diese Vorlage jetzt noch nicht mehr verabschieden könne. Vergeblich erhob Genosse Dr. Rosenfeld gegen den Verzugsantrag Einspruch. Er wies darauf hin, daß die Vorlage bereits den Rechtsausschuss und auch einen Untersuchungsausschuss beschäftigt habe, daß der Ausschuss sie fast einstimmig angenommen habe, daß auch im Plenum gegen die Annahme in zweiter Lesung ein Widerspruch erfolgt sei, und lediglich der Widerspruch des Abgeordneten Dr. Brodt von der Volkspartei die sofortige Verabschiedung der Vorlage verhindert habe. Gegen die Stimmen unserer Genossen der Demokraten und Kommunisten wurde die Verabschiedung beschlossen.

Es ist ein bezeichnendes Symptom für das Wesen des Bürgerblocks, daß der Kaufhandel zu seiner Herbeiführung sofort ein Werk der reinen Menschlichkeit verhindert, wie es die Nachprüfung eines Justizirrtums ist. Was Genosse Kadbruch als Reichsjustizminister nicht durchsetzen konnte, wäre durch dieses Gesetz erreicht worden. Das Vertrauen der Volksparteier, den Bürgerblock zu leimen, verhindert der in zweiter Lesung bereits angenommene Antrag. Und Fehrenbach sitzt weiter im Zuchthaus.

Veteranenbeihilfe für Empfänger im Auslande.

Aus einer Verfügung des preussischen Ministers des Innern an die nachgeordneten Behörden teilt der Amtliche Preussische Pressedienst folgendes mit:

Die Zahlung der aus Reichsmitteln bewilligten Veteranenbeihilfe an die im Auslande wohnenden Empfänger, die infolge der starken Entwertung der Mark im Vorjahre geruht hat, wird mit Zustimmung des Reichsfinanzministers wieder aufgenommen. Da das Anspärrige Amt und die ihm unterstellte Kassationskasse bei der Bemittlung dieser Zahlungen fortan ausschleibt, hat sich der Reichsarbeitsminister bereit erklärt, die auftragswegige Zahlung der Veteranenbeihilfe an die im Auslande lebenden Empfänger, die die Beihilfe nicht im Inlande selbst oder durch Bevollmächtigte abholen, durch die Reichsarbeitskasse (Reichsverordnungskasse), Berlin NW 40, Schwanhorststraße 35, zu übernehmen. Sie wird die Zahlungen unter Beachtung der für ihre eigenen Auslandszahlungen geltenden Bestimmungen entgegen selbst oder durch die an der Grenze gelegenen Verordnungsämter vorzuschulden vornehmen lassen und am Jahresschlusse den Gesamtbetrag von den beteiligten Regierungshauptkassen (Posthauptkassen in Berlin) zur Erstattung anfordern.

Wieder einmal „Klassenveröhnung“ statt Klassenüberwindung.

Der Landesverband Nordbayeren des Deutschen Republikanischen Reichsbundes gibt eine „nationale Schriftreihe für republikanische Lebensgestaltung“ heraus, in der soeben eine Abhandlung des bekannten Liberalen Heinz Potthoff, „Soziale Republik“, erscheint. Es ist nicht nur von Wichtigkeit, sondern auch von der Möglichkeit überzeugt, Liberalismus und Sozialismus politisch zu einen, ihnen das gleiche Ziel zu setzen. Die Republik soll nicht von einem Volk gestiftet werden, das sich spaltet, weil der Bürger die Lebensnotwendigkeiten des Arbeiters nicht sieht. Republik soll die „Gemeinschaft aller“ bedeuten. Das Mittel ist für ihn die geistige Erziehung der einzelnen zu „Persönlichkeiten“ innerhalb der bestehenden Wirtschaftsordnung. So einverstanden wir damit sind, daß der Bürger in richtiger Erkenntnis seiner Lage neben dem Arbeiter steht, so erkennen doch die Mittel Potthoffs allzu unklar und verworren. Der Sozialismus, der die Wirtschaft dieser durchsichtbar, weiß, daß nur die Überwindung der gegenwärtigen Wirtschaft die von Potthoff erstrebte „Gemeinschaft aller“ verwirklichen kann.

Albert Reintings Höhenflug.

Roman von Emil Felden.

(Nachdruck verboten.)

Ein trostloser, verzweifelter Zug trat in ihr Antlitz. Aber sie lächelte. Erst nach einer Weile ließ sie heraus: „Es war mir Ernst.“ So lak war sie, daß das Wort sogar aus ihren Lippen gewickelt war. Sie armete tief auf und fuhr dann wieder fort: „Bin ich nicht aus dem Hause gegangen? Ab r was ich drauhen erlebt habe, war noch fürchterlicher als ... als ...“

Magdalena, wenn es so um Sie steht, dann dürfen Sie diesen Mann nicht heiraten ...“

Sie stand auf und lagte lebend am ganzen Körper: „Das — das — das — Sie mir, Sie — mir!“ Wie ein schwerer Vorwurf klang es. Und doch — Worte und Ton klangen ihre Liebe zu mir heraus, und ihre Augen verrieten sie.

„Sie ist zur Verbindung kommen konnte, öffnete sich die Tür.“ Kammann trat ein mit einem lauten „Guten Tag, Herr Pott.“ Magdalena packte ihre Sachen hastig zusammen und ging hinaus.

Nach vollkommen verirrter, setzte ich mich. „Nun?“ fragte er. Mein Gedanke waren drauhen bei Magdalena. „Sie wollen mich sprechen, Hans?“ ungeduldig von seinen Lippen.

„Ja gewiß ... natürlich ... ich wollte ihn sprechen. Seitdem ich wegen, Nun war ich wieder bei mir selbst. Ich schilberte ihm den Raum, in dem das arme Menschenkind hauste, eine menschenwürdige Behausung, ich immer als ein Stall. Es müßte Abhilfe getroffen werden. Und dann der Lehrer ...“

„Halt, Herr Pott“, unterbrach mich Kammann, „erläß lassen Sie uns über die eine Sache reden.“ Er stopfte sich unständlich die Pfeife und zündete sie an. Dann begann er, jedes Wort mit Bedacht herausstößend: „Das sind meine des Bürgermeisters Angelegenheiten. Mischen Sie sich nicht hinein; es ist nicht Ihres Amtes.“

Nichts hielt mich fern: „began ich ruhig, „als mich in Ihre Angelegenheiten einzumischen. Ich will Sie lediglich auf diesen unglücklichen Zustand aufmerksam machen, der Ihnen sicher nicht bekannt ist.“

„Warum sollte er mir nicht bekannt sein, dieser — unglückliche Zustand?“ entgegnete er spöttisch. „Trotzdem habe ich

nicht die geringste Absicht, ihn zu ändern. Weder auf Kommando noch ohne Kommando. Weil es keinen Sinn hat. Denn nächstes Jahr ist das Frauenzimmer wieder in demselben Stall. Es kann das Loch nicht sauber halten. Und was meinen Sie wohl, wie lange die Scheiben halten würden? Keine vierzehn Tage! Also nochmals: mischen Sie sich nicht in meine Angelegenheiten.“ Kalt, fast drohend, kam der letzte Satz von seinen Lippen.

Hatte ich ihn recht verstanden? Ich begann blühend auf ihn einzureden, ihm Karzungen, daß es meine Pflicht als Pottier sei, für das arme, von Gott und der Welt verlassene Menschenkind, nein, Freiwild des Dorfes, einzutreten. Aber er blieb bei seiner Ablehnung und schloß mit den Worten: „Wenn Ihnen meine Haltung nicht paßt, so richten Sie doch ein Gesicht an das Land.“

Ich war fürchterlich aufgeregt. Trotzdem entgegnete ich ruhig, aber bestimmt: „Unter diesen Umständen wird mir leider nichts anderes übrig bleiben, als Ihrem Rat zu folgen.“

Da irrang Kammann mit zornigem Kopf auf, stellte sich mit geballten Fäusten vor mich und brüllte, daß das ganze Haus erzitterte — nun kommt der richtige Saure heraus, floß es mir durch den Sinn — „Tun Sie es! Tun Sie es! Tun Sie es! Gehen Sie Ihren letzten Halt im Dorf! Um eines Bettelmenigs willen stoßen Sie den Bürgermeister vor den Kopf. Ihnen muß es ja im Hinterköpfe rumpeln. Sie wollen ein Studierter sein, ein Pottier? Wie können Sie sich für solche Tagelöhne einsetzen? Merken Sie nicht, daß Sie damit Ihre ganze Stellung untergraben?“

Grete hürrte herein, hing sich an den Vater und streichelte ihm beschwichtigend Arm und Hand. „Vater, lieber Vater, werde ruhig“, war sie. Bittere Blide warf sie mir zu: „Gib nach, gib nach!“

Armes, liebes Mädchen — ich darf ja nicht nachgeben. Ruhig entgegnete ich: „Gerade weil ich Pottier bin, gerade darum muß mir jeder Mensch in meiner Gemeinde gleichmäßig sein. Gerade nicht: „Gehunde bedürfen des Arztes nicht, wohl aber die Kranken!“ Wenn Bettelrufe eine Tagelöhnerin geworden ist — sie, das arme, schwachgeistige Weib ist nicht schuld daran. Sondern jene Leute, die es in der Hand gehabt, aber versäumt haben, mit geringen Opfern ein halbwegs nützliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft aus ihr zu machen.“

„Was? Auch noch Vormüße?“ brüllte Kammann, nunmehr ganz außer sich. „Das ist zu viel.“ Und schlug, Grete abhüttelnd, mit der Faust auf den Tisch, daß die Gläser im Schrank klirren. „Nun ist auch ein Herr Pottier. Wir zwei, wir haben nichts mehr miteinander zu sprechen. — Und Sie, Sie hab' ich hierher gebracht, ich Dummkopf.“

Grete warf sich weinend in den Stuhl. Schweigend verließ ich das Zimmer.

Im Hausflur fühlte ich plötzlich etwas Neues an meiner Hand. Dells großer Kopf legte sich lebend an mich an. Und siehe, eine feine Mädchenhand hüchelte zu mir, drückte mir die Hand und sagte ruhig: „Verzagen Sie nicht, Herr Pottier. So schwer es ist, Gott wird mit Ihnen sein.“

„Magdalena!“ rief ich leise und wollte die Hand fassen, das Mädchen an mich reißen. Doch ebenso schnell wie es gekommen, war es verschwunden. —

Und nun sage ich hier. Ich möchte weinen, wenn ich an alles denke, was ich erlebt habe, das mir wohl noch bevorsteht. Trotzdem lache ich und sage, daß die alte Krohne erlitten wissen will, ob ich eine freudige Nachricht bekommen hätte? Natürlich! Magdalena's Liebe ist mir Gewißheit. Was liegt mir nun an Konflikt mit den Bauern und ihrem Bürgermeister? Mein Gewissen ist rein, und Magdalena liebt mich! Durch die Gnade des Dorfes möchte ich rennen und es in alle Häuser hineinführen: Magdalena, die ihr ebenbürtig verheiratet, wie ich, ist mein, mein! Dem Vater aber möchte ich — Gott verzeihe mir diesen Gassenjungenwusch — die Junge ganz lang herausstrecken ...“

Wie kann ich es an, Magdalena zu sprechen? In ihrem Elternhause ist es unmöglich, ihr aufzuwachen, wenn sie auf die Straße geht? Nicht zu nichts, was die Erfahrung lehrt. Ihr schreiben? Kammann nimmt, das weiß ich, alle Briefe, die ins Haus kommen, in Empfang, öffnet und liest sie, ehe er sie an seine Tochter weitergibt. Ein Schreiben von mir wird also Magdalena nie erreichen. Ich sitze hin und her. Ein einziger Weg bleibt mir offen: ich muß mich Grete offenbaren und sie als Botin gewinnen.

Grete? Wird sie jetzt noch zu mir halten? Ich vertraue ihrem Wort. Und sie — sie wird mich verstehen.

(Fortsetzung folgt.)

Der Achtstundentag, als Forderung der Alliierten an Deutschland?

Paris, 28. August. (Eigener Funkbericht.)

Die Arbeitsminister Englands, Belgiens und Deutschlands treten am 8. September in London zu einer Konferenz zusammen, um über eine Vereinbarung zur Durchführung des Achtstundentages zu beraten. Die Pariser Blätter schreiben den alliierten Regierungen die Absicht zu, von Deutschland unter allen Umständen die strikte Durchführung der internationalen Abmachungen über die Organisation der Arbeit zu fordern.

Es scheint also, als wenn der Achtstundentag uns von den Westmächten aufgenötigt würde, anstatt daß ihn die deutsche Regierung freiwillig erneuert. Maßgebend für die englische und die französische Regierung ist sicherlich der Gedanke, daß die Durchbrechung des internationalen Achtstundentages in einem großen Industrie- und sozialpolitischen Reaktionsland in den Nachbarländern ermutigen muß, die, zumal nach der Erledigung der Reparationsfrage durch die Londoner Abkommen, dann auf deutsche Konkurrenz hinweisen wird. Tatsächlich bedeutet die Verlängerung der Arbeitszeit eine Hebung der Produktion und der Konkurrenzfähigkeit. Das beweisen die Anlagen der deutsch-oberösterreichischen Industrie nach der Einführung des Achtstundentages zu einer Zeit, als die politische Industrie noch durchgehenden Achtstundentag hatte. Es kann uns also sachlich nur recht sein, wenn der Druck der Gläubiger mächtig endlich einmal im Sinne sozialpolitischer Fortschritts wirksam wird.

Frankreichs neue Völkerbundspolitik.

Männer der Linken werden nach Genf geschickt.

Paris, 28. August. (Eigener Funkbericht.)

Der Ministerrat vom Donnerstag wird unter anderem über die Zusammenkunft der französischen Delegation für die Vollversammlung des Völkerbundes zu entscheiden haben. In einer am Mittwoch im Auswärtigen Amt unter dem Vorsitz von Herrero abgehaltenen Konferenz sind als Mitglieder der Delegation in Aussicht genommen worden: der Senator Leon Bourgeois, der Präsident der Kammer Paul Painlevé und der sozialistische Abgeordnete Paul Boncour als Hauptdelegierte, ferner die Senatoren Henri de Jouvenel und Sarraute, die Abgeordneten Hennessy und Bonnet, der Generalsekretär der C. G. T., Touhaux und der Präsident der Vereinigung der ehemaligen Kriegsteilnehmer, Cahin, als Beigeordnete.

Der mißglückte deutsch-völkische Putz in Memel.

Litauische Ungerechtigkeiten.

Aus dem Memelgebiet wird uns geschrieben: Die litauischen Behörden veröffentlichten vor wenigen Tagen eine amtliche Darstellung über die Putzvorbereitungen nationalvölkischer Kreise gegen das Memelgebiet und dessen litauische Verwaltung. Die Unterdrückung der litauischen Bevölkerung soll unter anderem folgendes ergeben haben: Zunächst wurde in Pogegen eine Uniformsendung aus Deutschland festgestellt, die auf dem Zollamt nicht abgeholt wurde und die aus 200 Uniformen und 2000 Militärärmeln bestand. Es handelt sich dabei um Husaren, Mannen- und Infanterieuniformen preußischer Regimenter der alten Armee. Ein Zettel bei der Sendung gab als Empfänger einen gewissen Schwab aus Siedbrunn an, der schon früher in dem Verband stand, Sprengstoffe ins Memelgebiet eingeschmuggelt zu haben. Der Putzplan selbst sah folgendes vor: Drei Gruppen sollten in der Putzaktion die Memeler Kaserne, in der die litauische Besatzung liegt, überfallen. Einer vierten Gruppe war die Aufgabe zugewiesen, die Kassen, den Hausrat und den Flugplatz zu besetzen. Am Morgen sollten sämtliche Automobile des Memelgebietes beschlagnahmt werden. Sie sollten dazu dienen, eine Verbindung mit dem Sitz der kaiserlich-litauischen Putzaktion in Tilsit herzustellen. Gleichzeitig sollten alle litauischen Offiziere und Beamte als Geiseln auf den Weg der Abfahrt bereitgehaltenen Dampfer „Schiffmann“ gebracht werden. Zu einer letzten Besprechung des Planes sollte sich am 1. August eine Abordnung der Verbände aus dem Memelgebiet zu dem Führer der Putzisten in Ostpreußen, dem Hauptmann Ammon in Tilsit, begeben. Ein der Leute, die für den Putz gewonnen waren, sollen bereits mit Waffen versehen gewesen sein. Die weitere Bewaffnung war von einem Waffenhändler Schwertler zugekauft, außerdem wurden aus Tilsit 10 Maschinengewehre erwartet. Insgesamt sollen an der Organisation des Putzes 400 Mitglieder nationalvölkischer Verbände beteiligt gewesen sein.

Die Abreise der angeblichen Putzisten soll durch ein Kriegsgericht auf Grund einer Verurteilung erfolgen, die rück-

wirkende Kraft besitzt. Dabei steht das Memelstatut ausdrücklich vor, daß im Memelgebiet nicht das litauische Recht, sondern das deutsche Strafrecht gilt. Im übrigen wollen die Gerichte nicht verstummen, daß die wegen Teilnahme an dem Putzverbrechen Verhafteten in den ersten Tagen nach ihrer Festnahme den schwersten Mißhandlungen ausgesetzt gewesen seien, bis der Untersuchungsrichter aus Kowno eingriff.

Ausgleichsklassen in der Erwerbslosenfürsorge.

Neue Finanzmethoden zur Herbeiführung eines Lastenausgleichs.

Dem Amtlichen Preussischen Presseamt wird aus dem preussischen Volkswohlheitsministerium geschrieben:

Nach der Verordnung vom 16. Februar 1924 sind Lasten-träger der Erwerbslosenfürsorge die Arbeitsnachweisbezirke. Die Kosten der Erwerbslosenfürsorge werden aufgebracht durch Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, durch einen auf ein Neuntel des Gesamtverdienstes bemessenen Anteil der Gemeinden und durch Beihilfen von Reich und Staat. Die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden durch den Verwaltungsausschuß des Arbeitsnachweisbezirktes festgelegt. Die Höchstgrenze der Beiträge beträgt 3 v. H. des Grundlohnes. Sind Beiträge in dieser Höhe zwei Wochen lang erhoben, so leisten Reich und Staat Zuschüsse, wenn der betreffende Arbeitsnachweisbezirk mit den Beiträgen und dem Gemeindeanteil nicht auskommt.

Die Beihilfepflicht von Reich und Staat in dieser Form hat in der Praxis häufig zu Unzulänglichkeiten geführt. So war beispielsweise in dem einen Arbeitsnachweisbezirk mit großer Arbeitslosigkeit die Beitragshöchstgrenze längst erreicht, während in einem benachbarten Arbeitsnachweisbezirk mit geringerer Arbeitslosigkeit noch verhältnismäßig geringe Beiträge erhoben wurden. Auch mußten Reich und Staat unverhältnismäßig hohe Beihilfen an die Bezirke mit harter Arbeitslosigkeit leisten, während die Bezirke mit geringer Arbeitslosigkeit zu den Kosten der Bezirke mit harter Arbeitslosigkeit nicht beitrugen. Um einen Lastenausgleich herbeizuführen, ist vom 1. September d. J. ab für den Umfang des preussischen Staates bestimmt worden, daß jeder örtliche Arbeitsnachweis die Höhe seines Beitrags festsetzt — bis zu 2 v. H. des Grundlohnes — selbst bestimmen kann, daß aber ein bestimmter Bruchteil der Beiträge an die Provinzial-Ausgleichskasse und an die Landes-Ausgleichskasse abzuführen ist. Die Provinzen können bis zu 1/2 v. H. des Grundlohnes die Höhe ihres Beitrags selbst bestimmen, während für die preussische Landes-Ausgleichskasse vorläufig der Ausgleichsbeitrag auf 1/2 v. H. des Grundlohnes festgelegt ist. Die örtlichen Arbeitsnachweise können die Ausgleichskassen erst in Anspruch nehmen, wenn sie eine bestimmte Zeit hindurch den Höchstbeitrag erhoben und den Aufsichtsbehörden nachgewiesen haben, daß sie mit den Höchstbeiträgen die Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge innerhalb ihres Bezirkes nicht decken können.

Der Vorteil dieser Regelung besteht darin, daß die örtlichen Arbeitsnachweise, die im Einzelfall die Erwerbslosenfürsorgeunterstützung bewilligen und damit über die Ausgaben entscheiden, nach wie vor über die Höhe des Beitrags festsetzen, über die Einnahmeseite bestimmen können und, da sie die ungedeckten Ausgaben nicht ohne weiteres auf die Ausgleichskassen abwälzen können, das Interesse an einer sparsamen Finanzwirtschaft behalten. Auf der anderen Seite wird aber durch die Provinzialkassen und die Landes-Ausgleichskasse der erforderliche Ausgleich zwischen Gebieten mit geringer und größerer Erwerbslosigkeit herbeigeführt.

Erleichterung des Ueberganges abgebauter Beamter in andere Berufe.

Mitwirkung der öffentlichen Berufsberatungsstellen.

Der preussische Minister für Handel und Gewerbe weist, wie der Amtliche Preussische Presseamt mitteilt, in einem Erlass an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten darauf hin, daß eine große Zahl von Beamten, die durch den Personalabbau des Reiches, des Staates und der Gemeinden aus ihrer Tätigkeit herausgerissen worden sind, für die deutsche Wirtschaft auf Grund ihrer Erfahrungen noch gute Dienste leisten können, wenn sie sich durch eine Fortbildung hierfür die nötigen Kenntnisse aneignen. Er warnt aber vor dem Eintritt in überflüssige Berufe und empfiehlt solchen Beamten dringend, sich an die öffentlichen Berufsberatungsstellen zu wenden, die in der Regel mit dem öffentlichen Arbeitsnachweis verbunden sind. Die Vorbereitung auf die neue Tätigkeit wird vielfach durch den Besuch der Fach- und Berufsschulen folgen können. Die Träger der öffentlichen und kaufmännischen Schulen, die Berufsberatungsstellen und die Direktoren der Staatlichen Fachschulen sind daher erlucht worden, der Beratung und Schulung der abgebauten Beamten ihre Aufmerksamkeit zu schenken und Wünschen der Beamtenorganisationen nach Möglichkeit entgegenzukommen.

Günstiger Volksentscheid in Schanburg-Lippe bei dem

Volksentscheid in Schanburg-Lippe über die Auflösung des Landtages, der eine sozialistische Mehrheit brachte, wurden am Sonntag bisher insgesamt 11432 Stimmen abgegeben; dabei sind etwa 1000 ungültige Stimmen. Nur aus sechs kleineren Orten stehen die Ergebnisse noch aus. Danach scheint es, als ob der Ordnungsbund seinen Zweck nicht erreicht habe, da zur Auflösung des Landtages rund 17000 Ja-Stimmen erforderlich gewesen wären.

Ausnahmezustand in Petersburg.

Ein Bild aus dem Sowjetparadies.

Aus Petersburg meldet W.B.: Der Kommandant des Handelshafens Penningrad hat über den Hafen wegen des schon einige Tage andauernden Generalstreiks der Hafensarbeiter den Ausnahmezustand verhängt. Der Grund des Streiks sind Lohnstreitigkeiten und Entlassungen von Arbeitern. Der Ausnahmezustand wird streng durchgesetzt. Die Hafensarbeiter haben Befehle erhalten, Unterbrechung des Wassengebrauchs ist jedes Betreten des Hafens ohne besondere Genehmigung verboten worden, ebenso jegliches Sprechen mit den Wachen, die Abhaltung von Versammlungen und alle Ansammlungen.

Kleine Auslands-Nachrichten.

Die ordentliche Legislaturperiode des französischen Parlaments ist am Mittwoch nachmittag durch die Regierung geschlossen worden. Kammer und Senat wurden bis zum Herbst vertagt.

Der spanische Oberst Espinosa de los Monteros, erst vor einigen Monaten vom Völkerbund zum Mitglied der Regierungskommission für das Saargebiet ernannt, ist in einem französischen Kurort plötzlich gestorben. Er war Vertreter vom Völkereifer und wurde von Branting bekämpft.

Polens Getreideausfuhr eingestellt. Eine Ministerkonferenz unter dem Vorsitz Grabstis hat gestern beschlossen, jede Ausfuhr von Getreide aus Polen vorläufig zu verbieten. Der Grund für diese Maßnahme ist in der Misere zu sehen, die nach den Ausdruckserscheinungen noch weit eher erscheint, als befürchtet worden war.

Eine neue Sowjet-Republik. Das Ukrainische Exekutivkomitee hat beschlossen, im Gebiet des Russen Dnjestr an der rumänischen Grenze eine neue Sowjet-Republik unter dem Namen „Moldau-Republik“ zu gründen. Diese Republik soll einen untrennbaren Teil der Ukraine bilden. Angesichts der russischen Ansprüche auf Bessarabien, deren Bevölkerung zum großen Teil aus Moldauern (Moldawen) besteht, gewinnt diese Neugründung politische Bedeutung.

Moskau verhandelt mit dem Völkerbund und Ungarn. Demnächst sollen in Wien Verhandlungen über die Antinipfung diplomatischer Beziehungen zwischen Ungarn und dem Sowjetbunde beginnen. In Moskau hat eine Gruppe ungarischer Kapitalisten Fühlung mit vortigen wirtschaftspolitischen Kreisen genommen. Nach der Rückkehr dieser Finanzvertreter nach Budapest ist die ungarische Regierung aus ihrer bisherigen Forderung Moskau gegenüber herausgetreten, so daß die Eröffnung von Verhandlungen in den nächsten Tagen erwartet wird.

Eine Niederlage der amerikanischen Drageh. Der Ku-Klux-Klan hat bei den Gouvernements-Wahlen in Texas eine große Niederlage erlitten, indem Frau Ferguson mit einer Mehrheit von über 100 000 Stimmen gegen den Ku-Klux-Klan-Kandidaten zum Gouverneur gewählt wurde. Diese Niederlage in einer der Hochburgen des Ku-Klux-Klans enthüllt die tatsächliche Schwäche dieser Bewegung. Frau Ferguson ist übrigens damit der erste weibliche Gouverneur in den Vereinigten Staaten geworden.

Die nächste Weltreiszeit. Für das nächste Jahr haben wir mit einer beträchtlichen Knappheit an Reis und demzufolge auch mit verteuerten Preisen für den Reis zu rechnen. Die vorhandenen Vorräte sind sehr geringfügig. Insbesondere wurde viel weniger Reis nach Europa verschifft als in den vergangenen Jahren. Japan und China hatten letztes Jahr eine sehr unzulängliche Ernte und haben daher die asiatischen Vorräte aus Indo-China und Birma aufgekauft. Die nächste Ernte Indiens soll nach Schätzungen der Regierung mehrere Millionen Tonnen unter der des Vorjahres bleiben. Die Ernte in Birma und in Japan wird ebenfalls um je eine halbe Million Tonnen niedriger sein als im Jahr vorher. Ganz soll zu Ausfuhrzwecken einen Ueberfluß von einer Million Tonnen haben, der aber von Japan, China und Rußland sicher aufgenommen werden wird. Insbesondere kann Japan die hohen Getreidepreise nicht ertragen und wird daher seinen Reiserverbrauch noch vergrößern. Brasilien, das bisher Reis nach Europa ausfuhrte, muß dieses Jahr seinen Bedarf noch durch Einfuhr ergänzen. Auch in Nordamerika ist ein Mangel an Reis vorhanden. In Hamburg, dem Mittelpunkt des Reishandels, werden bereits höhere Reispreise notiert, und wie der „Economist“ berichtet, ist die Spekulation bereits auf den Weg getreten. Nach Ansicht dieser Zeitschrift ist die Verknappung und Preissteigerung des Reises von diesem Herbst an unvermeidlich.

Aus aller Welt.

Wichtige Ueberschwemmungen in der Altmark.

Die Altmark ist durch die starken Niederschläge der jüngsten Zeit von einer Ueberschwemmungskatastrophe heimgesucht worden, die an Umfang das Hochwasserunfall von 1909 weit übersteigt. Im Kreis Osterburg ist eine Fläche von etwa 120 000 Morgen von den Fluten bedeckt. Die Ernte kam hier als vollkommen verloren angesehen werden. Heute morgen weilte eine Regierungskommission hier, um eine Hilfsaktion einzuleiten.

Die Probefahrt des Zeppelins verschoben.

Nach einer Mitteilung der Zeppelinwerke in Friedrichshafen findet die für Mittwoch geplante Probefahrt des amerikanischen Zeppelins nicht statt. Der Tag der Probefahrt ist noch nicht festgesetzt.

Ein proletarischer „Kosmos“.

Aus der Erkenntnis heraus, daß Bildungszeitschriften des bürgerlichen Lagers das für Proletarier wichtige Wissen nicht einwandfrei vermitteln können und wollen, haben sich Gesinnungsgenossen entschlossen, mit dem Sitz in Jena eine Urania-Verlags-Gesellschaft m. B. H. neu zu begründen, die vom Oktober ab eine Monatschrift „Urania“ mit Buchbeigaben herausgibt. An ihr wirken zahlreiche Genossen mit, die in der proletarischen Bildungsarbeit seit langem tätig sind. Inhaltlich wird sich die „Urania“ vom bürgerlichen Kosmos wesentlich unterscheiden: neben der Naturerkenntnis wird auch die Gesellschaftslehre in den Kreis der Betrachtungen gezogen. Die Grundbestimmung ist marxistisch. Die Buchbeigaben des 1. Jahrganges sind „Entwicklung der Lebenslehre“ von Genossen Prof. Dr. Schögel, „Erdbild und Erdpolitik“ von Genossen Gg. Engelbert Graf, „Das Kind in der Gesellschaft“ von Genossen Dr. D. R. Rantke. Die Bezugspreise sind vierteljährlich 1,25 Mark, mit gebundener Buchbeigabe 1,80 Mark.

Genosse Vorländer zum Universitätsprofessor ernannt.

Zum Honorarprofessor in der philosophischen und naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster ist der Ober-Sulrat bei dem Provinzial-Schulkollegium, Dr. Vorländer,

beauftragter Dozent für Moral-, Staats- und Gesellschaftsphilosophie ernannt worden. — Genosse Vorländer ist als sozialistischer Theoretiker bekannt, der sich vor allem durch seine Studien über Kant und Marx einen wissenschaftlichen Ruf erworben hat.

Deutsche Massenreisen nach Dänemark.

Nach der dänischen Touristenzentrale haben in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 145 000 Fremde Kopenhagen besucht. Das ergibt rund 15 000 mehr als im Vorjahr. Dieser Zuwachs wird besonders auf den nach langer Krieger- und Inflationspause wieder einsetzenden deutschen Fremdenstrom zurückgeführt.

Sechstages-Kennen zwischen Mensch und Pferd.

Im Londoner Kristallpalast findet gegenwärtig 10 Stunden lang täglich auf ein sechs Tage berechnetes Wettrennen zwischen dem bekannten Berufsläufer Hart und einem Pferd mit dem Namen Nightingall im Sattel statt. Während der ersten beiden Tage war es dem Reiter, geglückt, einen Vorsprung von mehreren Kilometern zu erzielen. Am Ende des dritten Tages war er dessen von dem Pferd fast überholt. Dieses hatte 297 Kilometer zurückgelegt gegen 295 Kilometer, die der Läufer zu seinen Gunsten buchen konnte. Die Voraussagen über den endgültigen Sieg sind geteilt, der Läufer selbst ist aber seiner Ueberlegenheit zum Durchhalten überzeugt und zweifelt nicht, daß er am sechsten Tage als Sieger aus der Konkurrenz hervorgehen werde. Das würde für die Intelligenz des Pferdes sprechen. Es ist eben nicht so leicht ein Roth, daß es sechs Tage lang in der Runde läuft.

Shaw über den „besten Premier“.

George Bernard Shaw, der im schwedischen Stockholm seinen Sommeraufenthalt genommen hat, besuchte bei dieser Gelegenheit den Geburtsort Ramsay MacDonalds, Postmouth. Natürlich wurde er darüber ausgefragt, und in seiner Antwort spielte er auf eine lokale Tragikomödie an, die dem englischen Premierminister in seiner Vaterstadt passiert ist. Während des Krieges wurde nämlich MacDonald wegen seiner „unpatriotischen“ Haltung aus dem Volkstribunal ausgeschlossen und die Parteileute des Premierministers haben ihn jüngst gewissermaßen wieder aufgenommen. „Ich wollte Postmouth besuchen“, sagte

Shaw, „weil ich den dringenden Wunsch hatte, den Ort zu sehen, der zu gleicher Zeit den besten Premierminister meines Zeitalters und die erstaunlichste Ansammlung von Goldsübs, die die Geschichte kennt, hervorgebracht hat. Man sollte beiden gemeinsam hier ein Denkmal errichten.“

Militärische russische Filmpropaganda.

In Butareff herrscht Aufregung über einen Film, der vom russischen Propagandadienst aufgenommen worden ist. In diesem Film sieht man rumänische Soldaten den Dnjestr überqueren. Dann greift die Rote Armee ein und verjagt die Ungreifer. Am 13. und 15. August hat in der Nähe von Tiraspol, unweit der bestarabischen Grenze, diese Filmklatsch stattgefunden. Die rumänischen Soldaten waren russische Statisten, und die ganze Szene ist offenbar gedreht worden, um der russischen Bevölkerung die angebliche Notwendigkeit einer starken Heeresmacht an der bestarabischen Grenze anschaulich zu machen.

Ein asiatisches Museum in Moskau.

Trotzdem Rußland zum großen Teil ein asiatischer Staat ist, fehlten doch bisher größere Sammlungen asiatischer Kunst dort vollständig. Um diesem Mangel abzuhelfen, ist jetzt in Moskau ein neues Museum Asiatika gegründet worden, das im Erdgeschoss der Straganoff-Kunsthalle in geschmackvoller Weise aufgestellt und der Öffentlichkeit übergeben wurde. Wie der Moskauer Berichterstatter des „Cicerone“ meldet, entstammt der vorläufige Besitz dieses asiatischen Museums einiger nationalisierter oder käuflich erworbenen Privatmuseen, sowie anderen Museen, in denen sich einzelne Werke vorfinden. Der Bestand ist bisher noch nicht hervorragend, doch ist ein guter Grundstock gegeben, der zur Erweiterung und Vervollständigung einlädt, und die Hauptzweige asiatischer Kunst sind vertreten. In einzelnen Abteilungen finden sich auch erstklassige Sachen, wie die Stoffe und Miniaturen aus der Sammlung des verstorbenen Peter Iwan Schischowitsch, sowie altperische Fayencen, chinesische Keramik und Gemälde.

Die Cholera in Indien.

Aus Allahabad wird gemeldet: Von Cholera wurden in der letzten Woche 3800 Fälle gemeldet.

Arbeiter-Turn- und Sportbund * 14. Kreis (Schlesien)

Sonntag, den 31. August, vormittags 9 Uhr, in Breslau, Gewerkschaftshaus:

Ausscheidungsturnen zum Musterriegen-Wettturnen um die Bundesmeisterschaft

verbunden mit Mustervorfürungen der Freien Turnerschaft Breslau.

Alle Arbeitersportler und Sportinteressenten sind hierzu eingeladen. Eintrittspreis 40 Pf.; Jugendliche Mitglieder der Arbeitersportvereine mit Ausweis 20 Pf. Die Kreisverwaltung.

Lobe-Theater
Intendant: Paul Batany
Tel. R. 6774 u. F. 6794
Donnerstag, Freitag, abds. 8 Uhr.
letzte Wiederholungen:
Pygmalion
Sonnabend, abds. 8 Uhr.
zum ersten Male!
Ingeborg
Komödie von Kurt Götz
mit Fr. Kaack, Carola Neure,
H. Poppler, Rob. Meyer, Alf. Fink.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. Ring 2545.
Täglich 8 Uhr:
nur noch 4 Aufführungen!
Gesamt-Gastspiel
des 7921

Wiener Ronacher-Theaters
WIEN GIB ACHT!

Große Ausstattung-Novelle
in 11 Bildern.
Sonntag, den 31. August,
nachmittags 3 1/2 Uhr:
Katja, die Tänzerin.
Montag, den 1. September,
abends 8 Uhr.
Zum 1. Male:
Das Weib im Purpur.
Musik von Jean Gilbert.

Ganz Breslau
lacht sich im
Thalia-Theater
gesund!
Vertagte Nacht
mit 7940
Stössel
ist
Tagesgespräch
Anfang 8 Uhr
Telefon: Ring 6700

Lieblich-Theater
Operetten-Saison
Nur noch 4 Tage
Täglich 8 Uhr:
Der große Schiager
von Walter Kollo:
Die
Frau ohne Kub
mit
Molly Wessely, Fritz Spira,
Graf Bach, Rudolf Kort,
Georg Feldmann.

Viktoria-Theater
Neue Taschenstraße.
Nur noch
bis Sonntag
Täglich 8 Uhr:
Personen unter 18 Jahren
keinen Zutritt!
Gastspiel 7975
Eilfriede Mertens
Jou-Jou
die vergnügte
Scheintote



Messeausweise zum ermäßigten
Vorverkaufspreise von M. 3.- bei:
Gebr. Barasch, Verkehrsbüro, Ring,
Fremdenverkehrsverein,
Am Hauptbahnhof 1,
Hacifa, Ring 29,
Norddeutscher Lloyd,
Neue Schweidnitzer Straße 6,
Ullstein-Verlag, Zwingerplatz 2.

HANUSSEN
in Breslau.
Nach Rückkehr von seiner beispiellos erfolg-
reichen Amerikatournee gibt der allorts bei Publikum
und Presse so gefeierte Meister in Breslau
2 Gastspielabende
Sonnabend, 30. August, abends 8 Uhr
und Sonntag, den 31. August,
im Börsensaal.
An jedem Abend
bringt HANUSSEN
30
neue spannende Experimente
aus der okkulten Welt.
Karten: 3.-, 2.-, 1.50, 1.- u. Steuer in der
Musikalienhandlung von Hoppe, Zwingerplatz 8 und
an der Abendkasse. 7982

Pat und Patachon
an das Promenaden-Theater

TELEGRAMM
Wir bringen ab morgen die alleinige
Erstaufführung des Groß-Lustspiels
Pat und Patachon
als Photographen
6 Akte unübertrefflicher Humor, der
alles bisherige überragen wird.

Im Riesen-Programm:
3 Erstaufführungen!
Beachten Sie das Freitag-Insert!

Der sensationelle Sittenprozess!
Uraufführung
für ganz Deutschland!
Ab Freitag
NUR in den
Ab-Lichtspielen
Massenmörder
Haarmann
Aus dem Inhalt:
Haarmann und sein Komplize.
Seine Wohnungen.
Das geheimnisvolle Gängeviertel.
Die beklagenswerten Eltern.
Sein letztes Opfer.
Absuchen der Leine etc.
Gitern schützt eure Kinder!
7984 Jugendliche seid gewarnt!

Bitte bei allen Einfäufen stets die Inserenten
unserer Zeitung zu berücksichtigen.

Kein Laden!

Tausende Paar Schuhwaren für den Volksverbrauch!

Herren-Rindbox-Schnürstiefel prima haltbarer Straßentiefel	8 ⁹⁰	Damen-R.-Chevr.-Halbschuhe Schiebe-Schmale, prima Qual.	7 ⁹⁰
Herren-mahagoni Schnürstiefel weiß gedoppelt, Derbyschnitt elegante breite u. spitze Form	12 ⁵⁰	Damen-Boxhalf-Halbschuhe schw. u. br., allerbest. Ausfüh.	9 ⁵⁰
Herren-schwarz Schnürstiefel Original Goodyear Welt	11 ⁹⁰	Damen-Halbschuhe spitz u. breit, braun u. schwarz, Restposten	6 ⁹⁰
Herren-Rindbox-Halbschuhe solide Ausführung, elegante spitze und breite Form	8 ⁹⁰	Damen-Weiß-Leinen-Schuhe allerbestes deutsches Fabrik	3 ⁹⁰
Kinder-Stiefel Größe 18-20 21-22 schwarz 2.20 2.50 Qualitätsware braun 2.75 3.-		Braune Kinder-Stiefel hervorrag. Qual. Gr. 23-24 25-26 27-30 31-35 36-39 4.50 5.00 7.50 8.50 10.50	
Gr. 22-24 25-26 27-30 31-35 36-39 4.- 4.50 5.50 6.- 6.50		Haferl-Schuhe braun und mahagoni Gr. 23-24 25-26 27-30 31-35 36-42 4.50 5.50 7.00 8.00 12.50	
Segeltuch-Sandalen Leider-Garnitur, Ledersohle Größe 20-24 25-26 27-30 31-35 1.60 1.75 1.95 2.20		Turnschuhe mit Leder- und Chromledersohlen Gr. 27-30 31-35 36-42 43-46 2.50 2.50 2.75 3.25	

Gebirgs-Stiefel • Fußball-Stiefel
Hausschuhe • Pantoffeln

SPEZIALITÄT:
Original Goodyear-Welt-Schuhwaren
echt auf Rand genäht.

Reich & Glücksmann Gartenstr. 37 pt.
(neben dem Konzerthause). 4682

Kein Laden!

Schlesisches Landesorchester
Herz. Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr:
Südpark-Konzert.
Symphonie D-dur Mozart. — Leitung: Mundry.
Solist: B. Drobitzky (Cello).
Sonntag, den 31. August: Letztes Konzert.

Luna-Park
Heute Donnerstag:
Verkehrter Ball
Garten-Konzert
der Original-Wiener Schrammel-Kapelle und
Vergnügungspark. 4678

Buchhandlung Volkswacht Modernes
Breslau 3 Neue Grauerstraße 5 Antiquariat

Achtung! Kauer!
Warum Weil
er seit 75 Jahren aus garantiert rein
Kentucky, echtem, altem Jamaika-
Rum und den feinsten ausländischen
Kräutern hergestellt wird. Fördert in den Ge-
schäften nur Kautabak von Grimm & Triepel.
Jede Rolle enthält einen Zettel mit Firma.
Neueinführung:
Grimm & Triepel lose. Qualität und
Preis wie Rollen,
aber doppelte Menge. 7916

Die Volksschule als Einheitschule
Von Dr. Max Apel.
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes
sowie von sämtlichen Hauptverteilern entgegengenommen

Upton Sinclair
DAS BUCH DES LEBENS
ist das Buch, das jeder Arbeiter gelesen haben muß!
In der Volkswachtbuchhandlung statt 4.- Mk.
(Leinenband) nur 1.60 Mk. • Auswärts Nachnahme.

Käufe
Garn, Leinwand,
Kodetung, Körper, Hochhaar,
Kamelhaar, Wermelwetter,
tauft zu höchsten Preisen
Berthold Lippert
Seitrichstraße 16.
Kinderwagen aller Art
Kleiderbrett,
f. Heils Kunst, Gneisenstraße 11
Kleine Anzeigen
sind kompakt gesetzte einsp.
Anzeig. v. Verkäufen, Kaufge-
suchen u. a. nur von Privatpers.
Wert 3 Pfg. (etw. 4 Pfenninge)
Gesunden wurde Sonn-
abend nachmittags zwischen
Kohlenstraße und Wäldchen
eine goldene Damenuhr. Ab-
holen gegen Belohnung bei
Greller, Kohlenstr. 15. 797

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 28. August.

Sozialdemokratische Partei.

SO. Kolonne 7, Oberst. Sonntag, den 24. August, vor- mittags 10 Uhr, wichtige Zusammenkunft bei Waude, Wehlhase 43. Organisatorische Angelegenheiten müssen dringend erledigt werden.

SO. Kolonne 9, Scheitlin, Sonnabend, den 30. August, abends 8 Uhr, wichtige Zusammenkunft bei Friedrich, Hirschstr. 22. Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingte Pflicht. Armbanden sind mitzubringen.

SO. Kolonne 10, Ohlauer Tor, Freitag, den 29. August, abends pünktlich 7 1/2 Uhr, bei Görlisch, Köschlstraße 13, wichtige Versammlung. Alle Mitglieder müssen zur Stelle sein. Partei- mitgliedsbuch und Bünde sind mitzubringen.

SO. Kolonne 13, (Innere Stadt), Freitag, den 29. August, abends 7 1/2 Uhr, findet eine Zusammenkunft der Kolonne statt. Alle Mitglieder müssen erscheinen, da wichtige Sachen zu besprechen sind. Lokal: Neue Weltgasse 42, Schmiedehöhe.

Vormarsch des Reichsbanners.

Erfolge im ganzen Reich.

Genosse Karl Höllermann, Redakteur unseres Magdeburger Parteiblattes und Mitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, hat im neuesten Heft der „Blode“ einen Überblick über die Entwicklung des Reichsbanners in den letzten Monaten gegeben. Er erinnert daran, daß anlässlich des Ludendorff-Rummels in Halle am 11. Mai die dortigen Genossen sehr trübe in die Zukunft der Republik sahen.

Es sind kaum drei Monate vergangen — und wir nähern uns der zweiten Million Mitglieder im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Genau drei Monate nach dem großen „Deutschen Tag“ von Halle, von dem Freunde und Gegner annahmen, er werde der Ausgangspunkt einer schwarz-weiß-roten Welle werden, die ganz Norddeutschland überflutet, erleben wir den Verfassungstag 1924, der die schwarz-rot-goldene Sturmflut brachte.

Als der Bundesvorstand acht Tage nach dem 11. Mai in Magdeburg zusammentrat, um die Berichte über die Rundreise durch alle deutschen Gauen entgegenzunehmen, da war es gewiß, daß die Gründung des Reichsbanners kein Fehlschlag war; aber naecher wies sie nach, ob es gelingen werde, die in Aussicht genommene Reichsvereinsorganisation in Weimar zu einem Erfolg zu gestalten. Kurz diese eine Weile war als größere Verantwortlichkeit geplant, von ihr verprochen wir uns eine ökonomische Wirkung, wie sie der Reichsjugendtag 1920 für die Arbeiterjugend hatte. Nach vier Wochen mußten wir, daß neben der Arbeit in Weimar noch in mindestens zehn Städten Veranstaltungen stattfinden würden, in einem Ausmaß, wie sie nie zuvor erlebt wurden. Als die wunden Punkte erschienen uns Berlin, Halle, Nürnberg, München. Der Riesenstad Berlin, wo die Kommunisten sich redliche Mühe gaben, die Arbeiterbewegung zu zerrütten, das Gerüchte des Reichsbanners aufzubringen, schien eine schier unlösliche Aufgabe: sie wurde gelöst; der Gau Berlin ist einer der besten von allen. Der Bezirk Halle, einst die kommunistische Hochburg war zur Beute der Reaktion geworden; Stahlhelm und Werwolf waren zu Herrschern geworden. Es wurde geschafft. Halle wurde am 10. August für die Demokratie erobert, wobei das kleine Anhalt getrennte Hilfe leistete. Der Gau Halle und der Gau Ostpreußen — sie sind der Stolz des Reichsbanners. Auch Bayern bekam die Kraft der Reichsbannerbewegung zu spüren. Wohl waren Verfassungsfeiern unter freiem Himmel verboten — aber kein Raum in München und Nürnberg war groß genug, um die Republikaner zu fassen. Die Polizei mußte es dulden, daß Zehntausende im Freien sich sammelten.

Es ist eine ungeheuerliche Arbeit geleistet worden in den drei Monaten. Ein neuer Ansturm von Mitgliedern hat eingeleitet, der Rahmen der Organisationen ist wiederum gesprengt. Des alten Generals Deimling Ruf: Das Ganze sammeln unter dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold! hat Tausende und Aber-tausende in Bewegung gebracht. Und nicht nur die Männer des demokratischen Deutschland scharen sich um die Fahne der Republik. Auch die Frauen fordern immer mehr ihre Einordnung in die Bewegung; auch sie wollen mitarbeiten und mitreden, wenn es um die Zukunft Deutschlands geht.

Das Reichsbanner ist das Sammelbecken einer gewaltigen Kraft — am Verfassungstage 1924 ist sie sichtbar geworden. Wo und wie wird sie angeleitet werden? Die Gegner der Republik bestimmen den Punkt, auf den der Stoß gerichtet wird. Die Münchener Polizei tat gut daran, daß sie auf die Durchführung des Rotarmeeputschs am 10. August verzichtet hat. Mit diesem Verbot sollte ja auch nicht das Reichsbanner, sondern das Reich ge- stiftet werden. Und jede Regierung, die sich gegen den Reichs- putsch verkehrt, muß damit rechnen, das die Riesenorganisation des Reichsbanners als Propaganda-Apparat gegen sie eingesetzt wird.

In diesem Zusammenhang weist Höllermann darauf hin, daß das Rotarmeedict als die Frage des Verhältnisses der Länder zum Reich berührt. Der Sinn des Reichsbanners ist, die Deutsche Republik zu schützen. Versuchen einzelne Länder, sich auf Kosten des Reichsbanners partikularistische Sonderrechte zu verschaffen, so wird der im Reichsbanner ver- körperte Gedanke keine Wirksamkeit nicht verlieren, das heißt, er wird bei geplanten Verfassungsänderungen sich dafür einsetzen, daß das Reich gestärkt werde, selbst wenn es einzelnen Landes- regierungen wider den Strich gehen sollte.

Konsul Terver nach Berlin veretzt.

Wie Temps meldet, ist der französische Konsul in Breslau, Terver, zum französischen Konsul in Berlin ernannt worden.

Der französische Konsul hat in Breslau die schwie- rigsten Zeiten deutsch-französischer Zusammenarbeit, selbst den Konsulatssturm mitgemacht und dabei immer wieder bewiesen, daß er ein Freund der deutsch-fran- zösischen Verständigung ist. Das aufrichtige Bedauern, ihn von Breslau scheiden zu sehen, wird nur dadurch gemindert, daß Konsul Terver dafür den weit wichtigeren Konsulatsposten in Berlin übernehmen soll.

Was jeder Ausländer von den Passbestimmungen wissen muß.

Jeder Ausländer bedarf zur Einreise in das deutsche Reichs- gebiet eines Sichtvermerkes von der für seinen Wohnort zuständigen deutschen Behörde.

Erst durch Eintragung des Sichtvermerks wird der Pass ein gültiger Reiseausweis, der den Inhaber zum Ueberschreiten der Reichsgrenze an den amtlich zugelassenen Uebergangsstellen be- rechtigt.

Mit der Einreise erfolgt, so hat sich der Ausländer binnen 24 Stunden bei der Passbehörde seines Zuganges (Passge- biet) persönlich unter Vorlegung seines Passes an- und vor der Grenze wieder abzumelden. Ausländer, die einen Einreise- Sichtvermerk haben, der zwecks Uebersiedelung ausgestellt ist, können

nach vorzichtsmaßiger Anmeldung ihren dauernden Wohn- stich im Inlande nehmen.

Für Reisen in das Reichsgebiet zu vorübergehendem oder beizugsweise im Auslande kommt der betriffende Aus- reise-Sichtvermerk in Frage.

Dieser gestattet dem Passinhaber nur einen vorüber- gehenden Aufenthalt im Reichsgebiet für die Dauer seiner Gültigkeit.

(Für die Einreise nach Bayern liegen allerdings Be- schränkungen vor.)

Der Passinhaber ist also verpflichtet, falls er sich nicht krank- machen will, die Ausreise vor Ablauf des Sichtvermerks anzu- treten.

Mit einer Rückreise in der gesteckten Frist aus zwingenden Gründen nicht möglich oder ein längerer Aufenthalt nach Lage der Verhältnisse erforderlich, so kann nach Prüfung der Gründe der Rückreise-Sichtvermerk von der zuständigen Behörde im Inlande verlängert werden.

In solchen Fällen ist unter Vorlegung des Passes ein dies- bezügliches Gesuch mit eingehender Begründung der Passbehörde rechtzeitig einzureichen.

Wird der Sichtvermerk verlängert, so ist damit auch der weitere Aufenthalt im Inlande für die neu gesteckte Zeit ohne weiteres gestattet.

Eine besondere Aufenthaltsgenehmigung ist nicht erforderlich. Der Durchreise-Sichtvermerk bezweckt die Zulassung der Durchreise und kann mit oder ohne Aufenthalt im Inlande erteilt werden.

Es ist zu beachten, daß der Rückreise-Sichtvermerk ist auch hier der Reisende an die Gültigkeitsdauer gebunden und verpflichtet, in der gesteckten Frist die Weiterreise anzutreten, wobei bei Aufenthalt die polizeiliche An- und Abmeldung zu beachten ist. Ein drin- gendes und im eigenen Interesse des Ausländers liegendes Er- fordernis ist es, daß jeder Passinhaber vor Eintritt seiner Aus- reise sich davon überzeugt, ob der Sichtvermerk in seinem Pass nach Gültigkeit hat, da er bei Ablauf desselben keine Zurückweisung an der Grenze und unliebsame Weiterungen zu gewärtigen hat.

In allen Zweifelsfällen wird es sich empfehlen, die zuständige Behörde um Auskunft zu ersuchen.

Hermann Reichelt's letzter Weg.

Unter einer Beteiligung von mehreren tausend Genossen und ehemaligen Kollegen des Verstorbenen wurde Hermann Reichelt am gestrigen Mittwoch auf dem Wehner Friedhof zu Grabe getragen. Bei der Trauerfeier in der Halle drangen zunächst die Klänge eines Trauermarsches herein, der draußen von der Kapelle der Breslauer Straßenbahner gespielt wurde. Es folgte feierliches Harmoniumspiel, worauf eine Männerabteilung des Breslauer Volkstheaters dem Toten ein Abschiedslied sang. Die Trauerrede hielt Genosse Bland vom Gemeindeführerband, der das vorbildliche Leben Hermann Reichelt's als Familienvater wie als Freund und Mitkämpfer schilderte. Nach ein Lied der Sänger, worauf der Sarg hinausgetragen wurde. Auf dem Wege zum Grabe bildeten die Straßenbahner und Maritallarbeiter in Uniform Spalier. Voran schritt dem Sarge die Kapelle der Straßenbahner. Am Grabe widmeten die Genossen Dr. Eckstein für die Partei, Krause für die Gemeindeführer und Dte für die Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion dem Verstorbenen ehrende Nachrufe. Seit ist der Grabhügel ganz mit Kränzen bedeckt, aus denen das Rot der Freiheit hervorleuchtet und dem Friedhofsbesucher von weitem kündet, daß hier ein Mann von hervorragenden Eigenschaften seinen letzten Ruheplatz ge- funden hat.

Ein Judenstämmling als Antisemit.

In der Breslauer Zigarettenfabrik von S. Przedeki, Neudorfstraße 36/38, wird eine antisemitische Broschüre aus dem bekannten Verlage von Paul Steink durch die Betriebsleitung umsonst unter den Arbeitern verbreitet. Ueber den Inhalt dieses Nachwerkes wird an Gerichtsstelle Näheres zu sagen sein, und auch die Verbreiter der Broschüre werden sich zu verantworten haben. Die Deffinitivität aber werden die Familienverhältnisse des antisemitischen Fabrikanten lebhaft interessieren.

Der Vater des Herrn Kommerzienrats und Majors v. R. a. D. Ludwig Przedeki, wanderte Anfang der sechziger Jahre als galizischer Jude in Breslau ein. Hier betrieb er zunächst wie viele seiner in Galizien zurückgebliebenen Glaubensgenossen einen Handel mit alten und neuen Kleidern, war also ein Berufscollega einer bekannten in Preußen „Soll und Haben“ geschichteten Persönlichkeit. In den sechziger Jahren betrieb der Vater von Ludwig Przedeki eine zunächst kleine Zigarettenfabrikation, die er nach und nach so vergrößerte, daß es ihm möglich war, seinen Kindern eine gute Ausbildung an- zugehen zu lassen.

Der Vater von Ludwig Przedeki heiratete ein Fräulein Friedensheim, die aus den einflussreichen jüdischen Bevölkerungsfreien stammte. Der Onkel des Herrn Majors Przedeki, der Bruder seiner Mutter, war Leichendiener bei der jüdi- schen Kranken- und Beerdigungsanstalt.

Als Herr Major Przedeki in den achtziger Jahren sein Jahr abdiante, war er selbst noch Jude. Da aber in der alten Armee ein Jude nicht Reserveoffizier werden konnte, während ein Judenstämmling, wenn er über das genügende Geld verfügte, den Offiziersrock anziehen durfte, so ließ sich Lud- wig Przedeki taufen und brachte es im Laufe seiner mili- tärischen Karriere bis zum Major.

Nicht nur seinen Glauben hat der Major Przedeki gewechselt, wodurch es ihm gelang, in den besten christlichen und völkisch- gestützten Familien Einlaß zu erhalten, nein, auch das poli- tische Glaubensbekenntnis des Herrn Fabrikanten wurde einer durchgreifenden Veränderung unterzogen.

Nach Ende der achtziger Jahre wählten Ludwig Przedeki und sein Bruder fortschrittlich, waren also im Sinne der jetzigen Parteibezeichnung Demokraten. Als Przedeki Offi- zier wurde, wurden beide Brüder Mitglieder des frei- konservativen Neuen Wahlvereins. Seitdem bilden beide Brüder eine starke Stütze der reaktio- nären Bewegung. Als aber im Jahre 1904 eine neue Zigaretten- und Tabaksteuer drohte, ließ es sich Lud- wig Przedeki nicht nehmen, in einer Versammlung der Frei- sinnigen Volkspartei eine durchaus freisinnige Rede zu halten. Es handelte sich damals um die Bekämpfung der Wankrolle.

Wie leicht Renegaten ihre Vergangenheit vergessen, dafür bietet Przedeki einen lebhaften Beweis.

Wir gratulieren der völkischen Partei zu diesem neuen und energiegelanten Anhänger und freuen uns darüber, feststellen zu können, daß auch die völkische Partei verjudeet ist, und daß auch völkische Verleger gern ihr Geld aus Juden Händen nehmen. Denn wie heißt es so schön auf der ersten Seite der bei Przedeki verbreiteten Broschüre: „Selbstredend ist die Juden- frage in erster Linie Rassenfrage, weshalb auch die getauften Juden immer noch Juden bleiben.“

Der „Jude“ Przedeki erhebt sich aber bei den Antisemiten einer ganz besonderen Hochachtung, weil er ihnen zu bedienen

gibt. Denn schließlich nimmt auch der antisemitische Verleger Steine gern Geld aus Juden Händen, um zu beweisen, wie weit- herzig die völkische Moral sein kann, wenn es ums Geld geht. L. K.

Ein- und Ausbrecher auf Reisen.

In der Nacht vom 1. zum 2. Januar d. J. wurde in dem Teppichhaus von Josef Spanier auf der Ohlauer Straße ein Einbruch vordr, bei dem den Einbrechern Waren im Werte von 30 bis 5000 Mark in die Hände fielen. Die Diebe waren vom Hausflur aus in den Laden gelangt, und zwar dadurch, daß sie ein Loch in die Wand gemacht hatten. Hier hatten sie mit großer Sachkenntnis die besten Waren ausgewählt und weg- geschleppt. So unter anderem 70 Bettvorleger, 30 Meter Gamme, 70 Meter Lüllstoffe, Anzugsstoffe, wertvolle Decken usw. Von den Dieben fehlte zunächst jede Spur. Einige Verhaftungen, die die Polizei vorgenommen hatte, brachten kein Licht in das Dunkel. So waren unter anderem festgenommen worden der 42 Jahre alte Handelsmann Max Baumer in Breslau und der 26 Jahre alte Wurstmacher Alfons Dzurka in Berlin. Beide bestanden, an der Tat beteiligt zu sein. Da lagte man dem Dzurka, daß sein Breslauer Kumpan schon alles eingestanden hätte. Kergerlich und empört darüber, legte Dzurka nun ein unpassendes Geständnis ab. Danach hatte er in Gemeinschaft mit dem 36 Jahre alten Möbeltransporteur Hermann Witt aus Breslau den Einbruch begangen. Die gestohlenen Sachen waren in mitgebrachte Säcke und in einen Holzkorb gepackt, auf einem Kaderkoffel verpackt worden, und zwar in den Keller des Zimmermanns Otto Franke, der sie in der Nacht schon erwar- tete, da er am Abend vorher verhaftet worden war und zugesagt hatte, sich für den Abzug der Waren zu interessieren. Von hier aus wurden die gestohlenen Sachen auch nach den verschiedensten Gegenden abgeleitet. Allein oder in Begleitung des Franke hatte Dzurka Reisen in die Umgegend von Breslau und nach Berlin unternommen. Das Geld ging aber nicht in dem erwünschten Maße ein. So brachte Franke als Erlös für die wertvollen Waren nur teilweise Geld, sonst aber Lebensmittel. Zu der Handeltfrau Pauline Hoffmann in Rogau hatten sie einen größeren Betrag abgeholt, der ihnen 1000 Mark bringen sollte, doch nur 100 Mark konnten sie als Anzahlung erlangen. Inzwischen war auch Witt verhaftet worden. Am Montag standen nun Baumer, Dzurka und der Diener Emil Günzel vor dem großen Schöffengericht, um sich wegen gemeinschaftlichen Ein- bruchs des Teppichhauses zu verantworten. Witt trat, aus der Haft vorerlaubt als Zeuge auf, doch in gegen ihn auch bereits die Anklage erhoben. Dzurka legte auch vor Gericht ein Geständnis ab, daß Baumer und Günzel unbeteiligt am Einbruch sind, er diesen vielmehr nur mit Witt ausgeführt habe. Baumer, der seit dem 17. Januar in Untersuchungshaft sitz, sowie auch Günzel wurden freigesprochen und Baumer sofort aus der Haft entlassen. Witt behauptete die Angaben des Dzurka. Letzterer ist schon erheblich vorbestraft und hat erst kürzlich einen Ausbruch aus einem Strafgefängnis in Berlin unternommen. Er ist jetzt von großer Mitleidlichkeit und sucht alle mitangelegten Helfer zu entlasten. Er sagt, er habe den Einbruch in einem Trau- zustand begangen. Völlig mittellos sei er am 28. Dezember 1923 aus dem Gefängnis entlassen worden. Bei seiner Wirtin waren ihm inzwischen seine gesamten Sachen und Papiere gestohlen worden. Er war also gezwungen, sich etwas Geld zu verschaffen, um wieder ein anständiger Mensch zu werden. Er erhielt eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren. Franke, sowie der Arbeiter Hermann Krause wurden wegen Hehlerei zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt, dem Krause wurden drei Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet. Frau Hoffmann erhielt zwei Monate Gefängnis, ein Monat wurde durch die Untersuchungshaft für verflüßt erachtet; der restliche Monat soll ihr erlassen werden wenn sie innerhalb zwei Monate 300 Goldmark Buße zahlt. Die Geschwister Cieja, die eben- falls größere Mengen Waren gestohlen hatten, wurden zu je 300 bzw. 100 Goldmark Geldstrafe verurteilt. Die Schwester des An- geklagten, Frau Rosa Harman aus Berlin, die von ihrem Bruder als Hochzeitsgeschenk einen größeren Posten Gardinen bekommen hatte, wurde wegen Hehlerei zu einer Geldstrafe von 200 Goldmark verurteilt. Eine Anzahl weiterer Angeklagter wurde freigesprochen.

* Seine Silberhochzeit feiert heute das Ehepaar Franke, Gellhornstraße 24. Die „Volkswacht“ wird in der Familie seit 25 Jahren gelesen. Wir wünschen dem treuen Paar auch weiter- hin viel Glück.

* Wer gibt Auskunft über den Toten? Am Dienstag, den 26. August, stürzte sich auf dem hiesigen Hauptbahnhof vom Bahn- steig III aus ein unbekannter, etwa 25 Jahre alter Mann in selbst- mörderischer Absicht vor einen einlaufenden Zug. Der Unbekannte wurde noch lebend, aber bewegungslos unter dem Zuge hervor- gezogen und nach dem Wenzel-Hande-Krankenhaus geschafft, wo er bald verstarb ist. Der Unbekannte, der keinerlei Ausweis- papiere bei sich führte, hat langes blondes nach hinten gefämmtes Kopfhaar und war mit einem Regenmantel, dunklem Jackett- anzug und schwarzen Schnürschuhen bekleidet. Personen, die über die Persönlichkeit des Toten Angaben machen können, werden ersucht, sich im Polizeipräsidium, Schulstraße 46, Zimmer 7, zu melden.

* Die Entlausungsanlage im Wenzel-Hande-Krankenhaus bleibt wegen Auswechslung des für die Badeanlage dienenden Wasserpumpenapparates bis einschließlich Sonnabend, den 30. August, geschlossen.

Mitglieder der Partei und vom Konsum-Verein kaufen GARDINEN, STORES nur bei Julius Fein Junkernstr. 14 (kein Laden) vis-à-vis Rißling

Bei Wanzenplage nur Runol Beutel 50 Pf. (ausw. 20 Pf. Porto). Ueberall zu haben. Hauptvertrieb: Drogerie Hoge, Breslau 6, Fiedler-Wilh.-Str. 18

Freigewerkschaftliches Jugendblatt.

Freitag, den 29. August, abends 8 Uhr, Kart-Aktion, Gewerkschaftshaus, Zimmer 13. Tagesordnung: 1. Vorstandswahl, 2. September-Veranstaltung, 3. Verschiedenes.

Donnerstag, den 4. September.

- Heim 1, Stadt, Jugendheim: Abends, Leiter Kollege Zühlke.
- Heim 2, Profaner Schule: Arbeitsgemeinschaft über aktuelle Tagesfragen, Kollege Thomas.
- Heim 3, Nordstraße: Volkstanz und Zimmerspiele.
- Heim 4, Profaner Schule: Heimabend fällt aus. Die Kolleginnen und Kollegen werden gebeten, die Veranstaltungen der anderen Heime zu besuchen.

3. b. V. Sonntag, den 31. August, treffen wir uns um 5 Uhr am Hauptbahnhof (totes Gleis) zur Wanderfahrt nach Zohlen, da in Oberhieschen kein Anwerdeweisen, sondern lediglich eine Bezirksstation; des Verbandes stattfindet. (Fahrtscheine für Zohlen 1,20 Mark.) — Montag, 1. September, 7 1/2 Uhr, im Stadt, Jugendheim: Vortrag über die elementarsten Grundlagen der Rechtslehre.

Vithographen und Steinbruder, Sonntag, den 31. August, Jugendtreffen in Waldenburg, Abfahrt Sonntagabend mittags 12.30 Uhr Reichsbahn Bahnhof, Treffpunkt 12.15 Uhr vor dem Bahnhof. — Montag, den 1. September, 7 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus: Versammlung der Jugendabteilung.

Metallarbeiter, Mittwoch, 3. September, 8 Uhr, Gewerkschaftshaus, wichtige Versammlung, Vollständiges Erscheinen Pflicht. Zimmer wird an der Tafel bekannt gemacht.

Konkurse.

Kaufmann Georg Adam, Klosterstraße 28, Konkursverwalter Ludwig; Konkursforderungen sind bis zum 19. September beim Gericht anzumelden. — Kaufmann Bernhard Davidow, in Firma Davidow & Grünfeld, Ohlauer Straße 16, Konkursverwalter Ludwig; Konkursforderungen sind bis zum 6. September anzumelden. — Firma H. G. Schöder & Co, Nikolai-Stradgraben 9, Konkursverwalter E. Neumann; Konkursforderungen sind bis zum 15. Oktober anzumelden. — Kaufmann Albert Gillemeister, Schickwerderstraße 41, Konkursverwalter E. Neumann; Konkursforderungen sind bis zum 10. September anzumelden. — Firma Tuch- und Futterstoff-Fabrikgesellschaft, Mühlentuch 1, Konkursverwalter Ludwig; Konkursforderungen sind bis zum 28. September anzumelden. — Fuhrwerksbesitzer Samuel Kwikli, Breslau, Konkursverwalter Rechnungsrat Kochmann; Konkursforderungen sind bis zum 25. September anzumelden. — Firma Geißler & Wiegand, Strumpfabrik, G. m. b. H., Gabelstraße 23, Konkursverwalter Cohn; Konkursforderungen sind bis zum 4. September anzumelden. — Trikotagen, Strumpf- und Wollwaren-Großhandlung, Aktiengesellschaft, Schloßble 11, Konkursverwalter Ludwig; Konkursforderungen sind bis zum 25. September anzumelden.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Banner 8, Freitag, den 29. August, abends, pünktlich 7 1/2 Uhr, im „Lannenhof“, Berliner Straße: Wichtige Zusammenkunft. Referent: Kamerad Frey, Frauen mitbringen.

Banner Süd, Die Kameradschaftler rechnen bereits Sonnabend, den 30. August, von 6 bis 8 1/2 Uhr nachmittags, bei Kamerad Gewaltstraße 27, ab.

Junagenschaft Nord, Donnerstag, den 28. August, 7 1/2 Uhr, Antreten Oswiger Wiesen, bei Regenwetter Total zur Kassenaufrück: Sektionsfragen.

E. J. Hansen und Maria Jattar sind von ihrer Amerikareise zurückgekehrt und veranstalten Sonnabend und Sonntag, abends 8 Uhr, je einen Experimentallabend im Bürgersaal, in denen 30 neue spannende Experimente aus dem Gebiete der aktuellen Welt vorgeführt werden. Eintrittskarten zu diesen Gaspielen sind im Vorverkauf bei Hepp, Zwingerplatz 8, zu haben.

Radiofonkonzert am Ring, Das Stahlwerk Mark hat ein Auto mit einer Rahmen-Antenne und zwei Lautsprechern mit vier Verstärkerlampen ausgerüstet, das nachmittags an dem Central-Friedrichs des Großen vorfährt; man kann auf diese Weise die Darbietungen der „Schönen Kunstler“ im Freien bis in die Abendstunden klar und deutlich vernehmen. Die Veranstaltungen der Genehmigung des Polizeipräsidenten bedürfen und nach etwa zehn Tage fortgesetzt werden sollen, erregen die besondere Aufmerksamkeit des Publikums.

Der Breslauer Kleinhandelspreis für erstklassige Vollereibutter beträgt in Anlehnung an die Festsetzung der Berliner Butternotierungskommission von jetzt ab höchstens 2.31 Mark; der Kleinhandelspreis für Landbutter beläuft sich demnach auf 1.81 bis 1.92 Mark für ein Pfund.

Die Gründungsversammlung des Arbeiter-Mandolinen- und Gitarren-Vereins findet Dienstag, den 2. September, im Zimmer 9 des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße, statt. Der Verein „Lauer, Zitherfreunde“ hat in seiner gestrigen Mitgliederversammlung keinen korporativen Anstoß an den Deutschen Arbeiter-Mandolinen-Bund beschlossen und durchgeführt. Nächster Übungsabend Montag abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 11. Aktive und passive Mitglieder werden jederzeit angenommen.

Erfolg der Kriminalpolizei, Nach langer Mühe ist es den Beamten der Einbruchskontrolle endlich gelungen, den langgehegten, gefährlichen bekannnten Ein- und Ausbrecher Wilhelm Piesch durch Festnahme unschädlich zu machen. Die Festnahme erfolgte um 11 Uhr nachts auf dem Christophoriplatz. In seiner Begleitung befanden sich noch zwei bekannte Einbrecher. Zweifellos waren alle drei Mann auf Raubzügen unterwegs.

Ein Kleberausfall, wie solche auch in anderen Großstädten ihr Unwesen treiben, ist auch hier in Erscheinung getreten. Am Sonntag, den 17. August, ist einem jungen Mädchen auf der Rennbahn in Hartlieb während des Kleberfeuerwerks ein Stück

aus ihrem weißen Kleide ausgeschnitten, desgleichen die Haarschleife verschlitten worden. Ein ähnlicher Fall ereignete sich 14 Tage früher am gleichen Plage auch während des Feuerwerks. Zweckdienliche Angaben über die Person des Täters nimmt die Dienststelle Krim. Pol. V, Ebnshöhe 46, Zimmer 3, entgegen.

Schließendes Landesorchester, Das heutige Stadtpark-Konzert steht unter Leitung von Herrn W. Wunden. Zur Ausführung gelangen unter anderem: Symphonie Nr. 33 Beethoven, Mozart, Suite aus dem Ballett „Der Nussknacker“ von Tichonow, „Kollidrei“ für Cello Solo (Herr B. Troonitz) von Bruch, „Capriccio Italien“ von Tichonow und Fantasia über „Es kommt ein Vogel geflogen“ von Loh.

Italia-Theater, Nachdem der große Schwankflieger „Die verrägte Nacht“ mit Ludwig Stöbel auch weiterhin täglich volle Häuser bringt, hat sich die Leitung des Italia-Theaters entschlossen, „Die verrägte Nacht“ ununterbrochen weiter zu spielen und wird dieses lustige Stück in der kommenden Woche bereits seine 75. Aufführung erleben.

Schauspielhaus (Operettenbühne), Heute, Donnerstag, morgen Freitag, Sonnabend und noch Sonntag wird die Ausstattungserneuerung „Wie ein Schatz“ wiederholt. Sonntag nachmittags „Kolja, die Tänzerin“, Montag gelangt zum ersten Male die Operetten-Neuheit „Das Weid im Paraur“, Musik von Jean Gilbert, zur Aufführung.

15. Generalversammlung des Zentralverbandes der Maschinisten und Feizer, sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Zweiter Verhandlungstag.

Der Hauptkassierer, Kollege Insel-Berlin, erstattet den Kassenbericht. Die Kassenverhältnisse gehen erfreulicherweise einer Gesundung entgegen. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Seher-München berichtet hierauf über die Anträge des Vorkonferenzschlusses zum Verbandstatut. Dazu liegen zahlreiche Anträge vor. Die Frage der Wiedereinführung familiärer Unterstützungsberechtigter, wie sie vor dem Kriege im Verbandsstatut, spielte eine große Rolle. Andere Jährlichen forderten wieder, daß die Gewerkschaftenunterstützung nicht wieder eingeführt werde. Um nun das Verbandsstatut überichtlich zu gestalten, wurde ein neuer Statutenentwurf zur Debatte gestellt.

Der Beitrag wird gestaffelt und beträgt je nach Wochenverdienst 0,60, 0,70, 0,80 und 1,00 Mark pro Woche.

Streik-, Aussperungs- und Maßregelungs-Unterstützung beginnt von der drittletzten Woche der Mitgliedschaft und beträgt als niedrige Unterstützung 2,10 Mark und als Höchstunterstützung 21,00 Mark pro Woche.

Die Gewerkschaftenunterstützung beginnt vom siebenten Tage und ist ebenfalls nach Höhe und Zahl der Beiträge gestaffelt. Der niedrige Satz auf die Dauer von vier Wochen beträgt 1,35 Mark pro Woche und der Höchstes auf die Dauer von zehn Wochen 13,50 Mark pro Woche.

Die Krankenunterstützung ist ähnlich gestaffelt. Die niedrige Unterstützung beträgt 0,90 Mark, der Höchstes 6,00 Mark.

Außerdem wird Amzugs- und Sterbeunterstützung gewährt. Die Sterbeunterstützung im niedrigsten Satz beträgt 9,00 Mark, im Höchstes 30 Mark.

Die Statistik tritt am 1. Oktober 1924, die Unterstützungen am 1. Januar 1925 in Kraft.

Vorstand-Platz begrüßt den Verbandstag und führt aus: Ihr habt schwere Tage durchgelebt, aber auch uns erging es nicht ohne Bruchpunkte und kommunalistische Propaganda trugen das übrige bei. Das Handelsabkommen bedingt auch uns wirtschaftlich schwer. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit waren die Folge. Sie bestehen heute noch. Wenn es Deutschland nicht gut geht, geht es uns auch nicht gut. Die kommunalistische Propaganda, die in der schlechten Konkurrenzstreife herauf beschwor, führte zur Zerstückelung unserer Gewerkschaften. Wir haben dadurch mehr als 60 Prozent unserer Mitglieder verloren. Es wäre nicht das Schlimmste gewesen, was die Kommunisten anstreben, jedoch ihre Taktik ging auf Zerstörung unserer Gewerkschaften hin. Nach Schluß unseres Verbandstages gingen die kommunalistischen Agitatoren in die einzelnen Jahrestellen, um die Herrschaft an sich zu reißen. Das alles haben wir überlebt. Heute lagen meine Kollegen, wie gut es gewesen wäre, den Kollegen Deutschlands zu helfen. Wir schauen heute über die Grenze herüber und unsere Schritte werden sich nach den Ereignissen richten. Ich wünsche dem Verbandstage gut Arbeit. (Beifall)

Es folgt die Aussprache über das neue Verbandsstatut. Schöne-Hamburg wünscht, in den Ersoverhaltungen größere Einnahmen zuzulassen. Er begründet den Antrag, wonach der Sitz des Ausschusses in Hamburg sein soll.

Schwaniager-Saarbrücken: In der Frage der Finanzen müssen wir uns einmünden in das, was der Vorkonferenzschluß beschlossen hat. Mit 15 Prozent der Beitragseinnahmen läßt sich nicht wirksam agieren.

Krahn-Berlin: Bei aller Würdigung der Arbeit des Vorkonferenzschlusses müssen wir dennoch unsere Wünsche zu verwirklichen suchen. Die Beiträge von 60 Pfennigen sind zu hoch. Die Anstellung des Verbandsvorsitzenden belastet den Verband, das muß vermieden werden.

Brand-Waldenburg: Am grünen Tisch urteilt man anders, als draußen im Lande. Der Verbandsausschuß soll aus Sparjamkeitserwägungen in Hamburg gebildet werden.

Kahr-Hamburg meint, entweder man setzt Unterstützungsätze fest, mit denen man sich leben lassen kann, oder man stellt diese ein. Also, um Ersteres durchzuführen, muß für erhöhte Einnahme gesorgt werden. Es sprechen noch die Kollegen Stehmann-Königsberg, Böhler-München, Heumann-Bremerhaven, Seibel-Berlin, Matthies-Köln, Benzelsdorf, Kröger-Hamburg, die mehr oder weniger für die Selbsthaltung von 25 Prozent der Beiträge für die Ersoverwaltung eintraten.

Kassierer Insel-Berlin wundert sich, daß der Antrag der Selbsthaltung von 25 Prozent eingebracht wurde. Erst muß der Kopf des Verbandes gesund werden. Wenn diese Anträge angenommen werden, wird die Arbeit des Vorkonferenzschlusses illusorisch gemacht.

Der Vorsitzende begrüßt den inzwischen eingetroffenen Vorkonferenzschluß des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, Genossen Schöffel-Berlin. Wir können stolz sein, den Führer einer so großen Organisation aus unseren Reihen gestellt zu haben.

Genosse Schöffel Berlin dankt für die freundliche Begrüßung. Wir sind gern der Einladung gefolgt. Die beiden Organisationen sind ja nicht fremd. Der Vorstand des Maschinistenverbandes war im Juli 1916 Mitbegründer des Deutschen Eisenbahner-Verbandes. Wir haben durch unsere Tat gern unsere Solidarität auch gegenüber bewiesen. Unsere Organisation hat sich zu einem Machtfaktor entwickelt. Schlimme Zeiten sind ohne unsere Schuld über uns hereingebrochen. Die Ungunst der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse haben zur Freude des Unternehmertums die Gewerkschaften geschwächt. Zu einem großen Teil Schuld daran ist das Cuno-Mandor. Das Kapital hat aber die Ungunst der Verhältnisse besser zu nützen verstanden. Es ist stark geworden. Allerdings sind die Kapitalisten berechneter und schlechter gewesen wie wir. Aber wir haben uns in bestigsten Bruderkämpfen verzehrt und geschwächt. Werte Kollegen, diese Zeiten waren schlimm. Wir hoffen, sie sind vorbei und daß eine neue Periode des Arbeiteraufstieges erfolge. Wenn alles, Vorstand, Funktionäre, Mitglieder zusammenhält, dann möchte ich die leben, die unserer Macht trohen könnten. Unter den größten Schwierigkeiten haben wir vor Jahrzehnten unsere Organisation zur Verfeinerung gebracht. Die Organisation, in der ich an vorbereiteter Stelle solange gekämpft und gekittet habe, habe ich nicht aus Übermut verlassen. Mein Vorstand läßt euch die besten Grüße und gutes Gedeihen übermitteln.

Hierauf erhält der Kollege Seher-München das Schlußwort. Er macht dem Verbandstage die Konzeption, einen 50-Pfennig-Beitrag in der Statuta mit anzunehmen.

Den in der Schiffsahrt befindlichen Kollegen wird die Schiffsahrtzeitung zum Selbstkostenpreis abgegeben. Der angelegte Verbandsrevier war nicht umsonst da. Das hat er uns selber trefflich bewiesen. Ehe das restierende Mitglied abgeschlossen wird, muß es erst gemacht werden. Die Haupt- und Lokalfallen haben das zu halten, was ihnen gebührt.

Darauf werden folgende Anträge angenommen: 1. Der Ausschuß wird aufgefüllt von der Geschäftsstelle Hamburg. 2. Der geringste Wochenbeitrag beträgt 50 Pfennig. Die Unterstützungsätze für die 50-Pfennig-Beitragsschlässe werden dem Vorkonferenzschluß-Entwurf entsprechend festgelegt. 3. Im § 17, III werden die Worte: „und Sektionen“ gestrichen. 4. Zur Beilegung ihrer örtlichen Bedürfnisse erhalten die Verwaltungsstellen mit befristeten Funktionären (Geschäftsstellen) 25 Prozent, mit unbefristeten Funktionären (Jahrestellen) 10 Prozent von den Eintritts- und Beitragseinnahmen. 5. Die Generalversammlung wählt drei Revisoren und ein weiteres Mitglied als Kassaman.

Darauf werden die Anträge des Vorkonferenzschlusses zum Verbandsstatut mit den vorgenannten Änderungen angenommen.

Dann wird beschlossen, daß der Verbandstag die Delegierten zum nächsten Gewerkschaftskongress zu wählen hat. Als Delegierte für den nächsten Gewerkschaftskongress werden gewählt: K. Lebe (Verbandsvorstand), Schüh-Ludwigsburg, Krahn-Stettin, Schötte-Hamburg, Laugel-Senftenberg, Rosenberger-Essen, Wunderlich-Leipzig, Hornschuh-Danzig, Mehnert-Frankfurt, Hüncens-Köln.

Die Neuwahl des Hauptvorstandes ergibt: 1. Vorsitzender: Hermann Lebe, 2. Vorsitzender: Rudolf Schlichting, Kassierer Wilhelm Insel.

Als Beisitzer werden gewählt: Karl Müller-Köpenick, Josef Seher-München, Friedrich Brandis-Wilshausen, Berthold Hippe-Leipzig.

Als Revisoren wurden gewählt: Matthias-Köln, Müller-Spandau, Erasmann-Krahn-Stettin.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages beendet. Kollege Schlichting dankt zum Schluß allen denen, die uns in dieser Tagung so fleißig unterstützt haben. Wenn man glaubte, diese Tagung werde keinen harmonischen Verlauf nehmen, so hat man sich gründlich getäuscht. Wir danken es der ruhigen, sachlichen Ausführung, die sich alle Debatteure haben angeeignet sein lassen. Wir müssen anerkennen, daß sie alle bestrebt waren, dem Verbandsrat mit vollem Herzen zu dienen. Der Verband wird einen neuen Aufstiegs nehmen, daß bürgt uns der Ausgang dieser heutigen Tagung. Nicht zurück, sondern vorwärts müssen wir blicken. Mit dem Rüstzeug, das uns der Verbandstag gab, wollen wir hinausgehen, um neue Kämpfer für unsere Sache zu werben. Irene gegen Irene! Wir wollen uns geloben, an dem Verbandsrat festzuhalten. Die Delegierten stimmen begeistert in das ausgedruckte Hoch ein.



Generalvertretung: Walter Koch, Breslau X, Werderstraße 24.

DAHLE

Der Mühlenarbeiterstreik ist beendet.

In Verhandlungen, die gestern vor dem Schlichter für Niederschlesien stattgefunden, wurde eine Einigung erzielt. Näherer Bericht folgt morgen.

Richtung, Stickerinnen der mechanischen Stickerbetriebe.

Nach der Anfrage an den Arbeitgeberverband, was für Gründe zur Tarifbindung führten, wird dem Deutschen Textilarbeiterverband mitgeteilt, daß diese Angelegenheit doch zurückgestellt werden möchte bis Anfang September, da der zuständige Verhandlungsleiter bis dahin beurlaubt ist. Obwohl wir in dieser Branche gewohnt sind immer bis Ablauf des Tarifes die Verhandlungen geführt zu wissen, wird seitens der Organisation den Stickerinnen empfohlen, uns sofort über einzelne Vorgänge in den Betrieben zu berichten!

In den Betrieben, wo der Urlaub bereits erledigt ist, und Unregelmäßigkeiten bei der Gewährung bei Einzelnen vorgekommen sind, bitten wir, uns sofort Nachricht zu geben. Wie von Arbeitnehmersseite verlangt wird, tarifliche Vereinbarungen innewohalten, wofür auch immer gewahrt wird, verlangen wir dies auch von jedem einzelnen Arbeiter, und dürft! Unregelmäßigkeiten bald geklärt werden, wenn uns sofort Meldungen gemacht werden.

Donnerstag, den 4. September, nachmittags 7 1/2 Uhr findet bestimmt die Stickerinnenversammlung im Gewerkschaftshaus im Zimmer 9 statt. Jedes Mitglied bringe ein Mitgliedsbuch mit zum Vorkommen. Nur durch Mitglieder eingeführte Berufsangehörige oder deren Verwandte haben Zutritt. Seit den Arbeitgebern, daß ihr eure Berufsorganisation, den Deutschen Textilarbeiterverband, zu schätzen versteht, wie dies durch den Besuch der Versammlung am 22. August geistehen ist.

Der Vorstandsbericht des Verbandes der Buchbinder und Papierarbeiter Deutschlands für das Jahr 1923 zeigt, wie bei allen anderen Gewerkschaften, das verheerende Bild der Inflationswirkungen. Die wirtschaftliche Lage gestaltete sich in dieser Branche für die Arbeitnehmer äußerst katastrophal: erwerbslos waren im Dezember 1923 rund 22,1 Prozent sämtlicher Mitglieder - 22.323, dar 1/30 Prozent männliche und 23,5 Prozent weibliche. Von Kurzarbeit wurden 41,6 Prozent - 28.912 Mitglieder betroffen.

Die wirtschaftliche Notlage wirkte auf die Mitgliederbewegung zurück. Im Gegensatz zu dem in den Vorjahren gemeldeten ständigen Anstieg in der Mitgliederzahl ist für das Berichtsjahr 1923 ein fortgesetzter Rückgang zu verzeichnen, der in den letzten Monaten des Jahres einen ganz bedeutenden Umfang annahm. Gegenüber dem Bestand von 68.810 Mitgliedern am Schlusse des Jahres 1922 schließt das Jahr 1923 mit einer Mitgliederzahl von 51.191 ab, was einer Abnahme um 44.316 - 44,8 Prozent, gleichkommt. Die Zahl der männlichen Mitglieder verminderte sich um 8.762 - 31,7 Prozent und die der weiblichen um 35.954 - 49,6 Prozent. Entsprechend diesen Voraussetzungen gestalteten sich die Finanzen. Immerhin gelang es dem Verband, für den 31. Dezember 1923 ein Gesamtvermögen in Höhe von 22.667,91 Goldmark festzustellen.

Parteigenossen und -Genossinnen werbt ständig für die Volkswacht!

Breslau (Land)-Neumarkt.

Rojsenthal. Die Gemeindevertretung hielt am 21. August eine Sitzung ab. Da Genosse Baum kein Mandat als Gemeindevertreter niedergelegt hatte, wurde Genosse Protzsch neu eingeführt. Der Gemeindevorsteher gab Bericht über eine Konferenz der Gemeindevorsteher der Gemeinden, welche vor der Eingemeindung stehen. Anschließend kam die Gasversorgung zur Sprache, in welcher ein Vertreter der F.W. Schließen für ein von seiner Gesellschaft in Gemeindschaft mit dem Kreis neu zu errichtendes Gaswerk Propaganda machte. Der vorgelegte Vertrag weist aber manches auf, was der Abänderung bedarf und es werden sich die Gemeinden, welche mit obigem Werk den Gas liefern wollen, zusammenschließen müssen, um Verbesserungen herauszuholen. Als dritter Punkt stand der Antrag der Stadt Breslau betreffs Eingemeindung zur Diskussion. Es wurde eine Kommission gewählt, die in Verhandlungen mit dem Magistrat treten wird. Der letzte Punkt war ein Antrag der Friedhofsverwaltung auf Erhöhung der Friedhofsgebühren. Diese waren zu Beginn der Stabilisierung zu niedrig festgelegt worden und wurden den Verhältnissen angepaßt. Es hatten endlich wieder mal ein paar Bürger den Mut gehabt, der Sitzung als Zuhörer beizuwohnen und es wäre nur erwünscht, wenn die Beteiligung reger würde, da die Zukunft der Gemeinde als selbständiger Ort auf dem Spiele steht.

Kattern. Reichsbanner. Am 23. August fand eine Werberversammlung für „Schwarz-Rot-Gold“ statt, in welcher Kamerad Keiler-Breslau referierte. Er entrollte die Vergangenheit unserer jetzigen Reichsflaggen und legte klar, was uns veranlaßt, die Farben der Republik hochzuhalten und zu verteidigen. Reicher Beifall folgte den Ausführungen des Referenten, ein Zeichen, daß die Versammelten mit ihm einverstanden waren. Als aus der Versammlung ein Antrag gestellt wurde, in Kattern eine Ortsgruppe des Reichsbanners zu gründen, wurde die Abstimmung deselben von den anwesenden Deutschnationalen angezwungen. Der Versammlungsleiter war gezwungen, dieselbe noch einmal vorzunehmen. Es war ihnen nicht möglich, daß auch in unserem Ort Republikaner sind. Für einen imponierenden Verlauf sorgten die Banner Brodau, Tschand und Sägewerk, die trotz des Regens den weiten Weg nicht scheuten. Sie sangen vor dem Referat das Bannerlied und nachher zwei Kampflieder, auch trug Kamerad Seichter, Jugendgruppe Brodau, ein Gedicht vor. 36 Aufnahmen waren der Erfolg der Versammlung.

Aus Schlesien.

Bezirksstagung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten.

In Beuthen fand am Sonnabend, den 23., und Sonntag, den 24. August, eine Bezirksstagung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerehrenterlebenden für den Bezirk Deutsch-Oberschlesien statt. Der offizielle Teil der Tagung begann Sonntag, nachmittags 2 Uhr. Bezirksvorsitzender Zimmig erteilte dem Berliner Bundesvorsitzenden Marot das Wort zu seinem Referat über:

„Die Arbeit des Reichsbundes für die Opfer des Krieges.“

Drei große Forderungen sind es, so führte der Redner aus, die der Reichsbund erfüllt wissen will: 1. Schaffung einer ausreichenden Versorgung, 2. individuelle Fürsorge und 3. Schutz der Kriegsopfer im Wirtschaftsleben. Auf diesen drei Hauptgebieten darf die Organisation, deren Notwendigkeit und Vorteile der Referent am Anfang eingehend begründete, sich rühmen, gewisse Erfolge errungen zu haben. Beim Aufbau, der nach der Stabilisierung der Währung rücksichtslos einleiste, hat man vor den Kriegsopfern nicht Halt gemacht. Auch auf dem Gebiete der Rechtspflege haben sich in letzter Zeit für die Kriegsopfer verhängnisvolle Änderungen bemerkbar gemacht. Das größte Unheil aber bedeutet es, daß das Reich die Fürsorgepflicht auf die Länder, Provinzen, Kreise und Gemeinden abwälzte. Diese Zerstückelung und Dezentralisation der Fürsorge und die dadurch bedingte Unübersichtlichkeit hat es zuwege gebracht, daß Kreisen als Staat keinen einzigen Pfennig zur Durchführung der Fürsorgegebühren gibt, und auch den Provinzen sind nur beschränkte Aufgaben zugewiesen. Angesichts dieser Verhältnisse ist man versucht, eine aufstrebende Parallele zur früheren Armenpflege zu ziehen. Demgegenüber ist stets und mit allem Nachdruck die Forderung zu vertreten, daß die Fürsorge nach wie vor Aufgabe des Reiches ist. Was den Schutz im Wirtschaftsleben anbetrifft, muß das Verhalten sowohl der Behörden als auch der Privaten festgenommen werden, die Schwerbeschädigten absichtlich. Es fehlt kein Ruhmesblatt für das deutsche Unternehmertum dar, daß es nicht einmal so viel Arbeitsplätze aufzubringen vermochte, um die noch arbeitsfähigen Schwerbeschädigten angemessen zu beschäftigen.

Auch um die Hinterbliebenen steht es schlimm. Als unumstößliche Forderung des Reichsbundes gilt hier die Aufwertung der Abfindungsbeiträge, die während der Inflationszeit gezahlt wurden. Die Erfüllung dieser Forderung, die nach dem günstigen Beschluß des Reichstages durch den Reichstag noch bevorstehend, ist nicht zustande, da die Vertreter der Deutschen Volkspartei, die im Ausschuss für die Erfüllung stimmten, im Plenum des Reichstages umstießen. Die Schlüsse aus dieser Handlungsweise zu ziehen, dürfte wohl keinem schwer fallen. Alle Beschlüsse, die der Reichstag gefaßt hat, sind aus den Forderungen des Reichsbundes hervorgegangen. Zum Schluss streifte der Redner ganz kurz die politische Lage, da von der Annahme der Londoner Beschlüsse das Wohl und Wehe der Kriegsopfer abhängt.

Hierauf sprach Bezirkssekretär Simon-Oppeln über: „Die Versorgung und Fürsorge der Kriegsopfer Oberschlesiens.“ Der Referent stellte in bezug auf die Versorgungsämter fest, daß in Oberschlesien der Wiederaufnahme von Versorgungsverfahren in bedeutend geringerem Maße stattgegeben wird, als in anderen Teilen des Reiches. Man scheint die Oberbefehlshaber auch da zu Unrecht immer noch als Staatsbürger zweiter Klasse anzusehen. Redner rollt auch die skandalöse Frage der Elawenbürger Heilanstalt vor, die auf neuem Fuß steht und teil, daß als Folge der unannehmbaren Verhältnisse in dieser Anstalt keine kranken Kriegsbeschädigten mehr dorthin geschickt werden.

Nach dem mit Beifall aufgenommenen Referat erfolgte eine recht lebhaft Ausprache. Nach über vierstündiger Dauer konnte dann Bezirksvorsitzender Zimmig das Schlusswort sprechen. Mit einem Gruß auf den Reichsbund gingen die zahlreich erschienenen Delegierten auseinander.

Reiße. Bau von Segelflugzeugen. Der Verein der Flieger und Flugfreunde, der Anfang dieses Jahres gegründet wurde, hatte im Frühjahr ein Flugmeeting veranstaltet. Einige Mitglieder unter Leitung des Ingenieurs Kaczmarczyk haben vor mehreren Wochen mit dem Bau des ersten Flugzeuges begonnen. Gegenwärtig wird das Material für das zweite Flugzeug bestellt. Im Herbst dürfte alles soweit gefördert sein, daß die Flugzeuge in Gebrauch genommen werden können. Ingenieur Kaczmarczyk hat auch den ersten Antrag zur Gründung des genannten Vereins, gegeben.

In schwerer verletztem Zustand aufgefundene wurde am Sonntagabend auf der Chaussee von Glesch nach Schwannemühl im Kreise Reiße der Elektromonteur Falkenberg aus Schwannemühl. Er lag bewegungslos neben seinem Motorrad und ist kurz nach seinem Auffinden gestorben. Ob der Genannte mit seinem Rade gestürzt ist oder ob ein Verbrecher vorliegt, muß die nähere Untersuchung ergeben.

Die neuen Stadträte haben folgende Dezernate erhalten: Raus, Forst und Oekonomiewesen; Jung, Wohnungswesen, Berufsschule, Kammereffizien; Gloger, Promenaden; Beyer, Markt, Zentralfürsorge, Feuerwehrgesellschaft; Blasche, Krankenhaus; Lorenz, Volksschulen, Volksbibliothek; Behrens, Beamtenwesen, Betriebswerte; Gottwald, Schlachthof, Armenhaus; Seibt, Fürsorgeamt; Kugelberg, städtische Wohnungen, Sparkasse.

Münkerberg. Familiendrama. Eine Nacht des Schreckens wurde im nahen Groß-Schlau durch den Arbeiter Hanisch der eigenen Familie des Genannten bereitet. Hanisch hatte, wie schon öfters, heftigen Streit mit den Seinen und es kam zu sehr erregten Ausbrüchen, in deren Verlauf er gegen seinen eigenen Sohn einen Todschlagsversuch beging. Die Tat konnte jedoch vereitelt werden. Daraufhin entfernte sich Hanisch aus der Stube. Wenige Zeit darauf gewahrten die Familienangehörigen, daß ihnen das Haus über dem Kopfe brannte. Hanisch hatte das Feuer angelegt, und die Flammen hatten sich bereits derartig ausgebreitet, daß sie nicht mehr bewältigt

werden konnten. Das ganze Wohnhaus brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder. Der verbrecherische Familienvater aber war nirgends aufzufinden, da er die Flucht ergriffen hatte.

Gautbrück. Angehörige des Kischels veranfaßten am Sonntag, den 17. August, im Schacht der Richtighofen Dampfabfertigung ein Schützliches mit Revolver und Karabiner. Daß diese „edle deutsche Kasse“ auch hier so frech auftritt, ist nicht zu verwundern, denn es liegt Grund zu der Annahme vor, daß die hiesige Polizei den gesamten Kurra-Nummel zumindst stillschweigend duldet.

Mangelnde Befähigung veranlaßte den Gutsbesitzer Nieger, den Posten als Gemeindevorsteher aufzugeben. Der erste Schiffe, Gutsbesitzer Schubert, verleiht nun die Vorberergerhältnisse. Ob es dem jetzigen Gemeindeparslament gelingen wird, an die Spitze der Gemeinde einen Mann zu berufen, der die erforderliche Qualifikation für dieses Amt besitzt, muß bemerkt werden.

Zauer. 2000 Zentner Stroh verbrannt. Am Sonntagabend ist ein auf dem Domitium Projen aufgestellter, über 2000 Zentner Stroh enthaltender Schaber abgebrannt. Es wird Brandstiftung vermutet. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Oppeln. Ballon-Ausflug. Anlässlich der in Oppeln stattfindenden Sportwoche (OSW) startete am Sonntag, den 24. d. M., der Ballon Breslau zu einem Propagandafahrt unter Führung des Herrn Architekt Pockisch, Mitführer Herr Stockmann, um 12 Uhr ab Gasanstalt Oppeln und landete nach einer kurzen Fahrt von etwa 1/2 Stunde in der Nähe von Friedrissgras, unweit der polnischen Grenze güt.

Arbeiter-Sport.

Ausscheidungsturnen um die Bundesmeisterschaft im Ringenwettkampf.

Am kommenden Sonntag, den 31. August, finden vormittags 9 Uhr im Gewerkschaftshaus die Ausscheidungskämpfe für den 11. Kreis (Schlesien) um die Bundesmeisterschaft im Ringenwettkampf statt. Der Wettkampf ist ein Einzelwettkampf. Geurnt wird an jedem Gerät (Pferd, Red, Warren) eine äußerst schwierige Pflichtübung und eine Kürübung, die in der Schwierigkeit der ersteren nicht nachstehen darf, wenn der Wettkämpfer eine annähernd gleiche Punktzahl, wie bei ersterer erhalten will. Außerdem muß jeder Teilnehmer drei sehr schwierige Pflichtfreiübungen turnen. Die ermittelten fünf besten Turner treten dann als Kreisrieger am 29. September in Jena zum Verbands-Ausscheidungsturnen gegen den 2. Kreis (Provinz Sachsen), 4. Kreis (Preussische Sachsen) und 5. Kreis (Thüringen) an. Die hierdurch siegreiche vier Kreise tritt dann am 26. Oktober in Mannheim in den Endkampf um die Bundesmeisterschaft. Die naturgemäß entfallenden Punkte werden von Darbringungen der freien Turnerschaft Breslau ausgefüllt. Aus all diesem ist ersichtlich, daß alle diejenigen, welche etwas Interesse an Kunstturnen haben, dabei voll auf ihre Rechnung kommen und kann der Besuch dieser Veranstaltung nur warm empfohlen werden. Siehe auch Inserat in heutiger Nummer.

Freie Turnerschaft Breslau.

Es wird erwartet, daß sich sämtliche Abteilungen zum „Kreis-Ausscheidungsturnen um die Bundesmeisterschaft im Ringenwettkampf“ am Sonntag, den 31. August, vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, in voller Stärke einfinden. Die besten Geräte Turner unseres 11. Kreises werden sich da in hartem Kampfe in einem Gerätewettkampf und drei schwierigen Pflichtübungen messen. In den naturgemäß entfallenden Punkten werden die Turnerinnen der 2. Abteilung mit Pflichtübungen (als Größnungsübung) und die 4. Abteilung mit Volksübungen aufwarten. Die Jugendturner werden ein Kürturnen am Red zeigen, und zwar tritt dieselbe Riege an, welche bei dem Wegübungabend zum Jugendtreffen in Ohlau turnte. Der Anzug ist derselbe wie in Ohlau, geturnt werden drei Übungen. Leiter ist Turngenosse Böhm, 7. Abteilung. Die Männerturner zeigen ein Kürturnen am Barren. Anzug: Lange, weisse Hose, Turnhemd. Die Jugendturner werden hermit nochmals aufgeführt, sich recht zahlreich an den Wettkämpfen des Stadtverbandes Gräbchen am 14. September auf dem L.-H.-Platz zu beteiligen. Gewand.

Wägung, Wehretzerfahrer des 1. Bezirkes! Am Sonntag, den 31. August, findet die diesjährige Gauwanderfahrt nach Strehlen statt. Laßt sich wird der Bericht vom Bundeszuge gegeben. Wir erlösen alle Ortsgruppen um zahlreiche Beteiligung.

M.-H.-E. „Edelmuth“-Gauwandau. Sonntag, den 31. August: Gauwanderfahrt nach Strehlen. Start früh 6 Uhr am Tunnel Klein-Lochberg.

Letzte Wetternachrichten.

Datum:	Temperatur			Wind	Niederschlag	Wetter
	heut früh	Maxim. seit 24 Stunden	Min.			
26. 8. 24.	11	21	9	SO 1	ger.	Regen
Krietern	11	21	9	SO 1	ger.	Regen
Schneefoppe	4	6	3	W 1	—	wolfig
Schreiberbau	11	17	6	SW 1	1	bedekt
Grünberg	15	—	11	SO 1	—	haß bedekt

Das morgige Wetter.

(Vorherfrage der Wetterwarte Krietern bei Redaktionsschluss.) Ein vom Westen nachendes Regengebiet hat in den frühen Morgenstunden auch Schlesien erreicht. Die ihm folgende Abkühlung dürfte nur von kurzer Dauer sein. Morgen können wir mit etwas wärmeren und wolkeigem Wetter rechnen, jedoch besteht weiterhin die Neigung zu Niederschlägen.

Wasserstand

nom 28. August 1924.

Ralsbor	1,17	Breslau (Unter-Regel)	0,54
Krapitz	2,16	Konjens (Ober-Regel)	5,20
Köfel	0,64	„ (Unter-Regel)	2,02
Brieg (Mittentau)	0,22	Dybnersdorf	1,00
Neißemündung (Ober-Regel)	3,50	Treßden	1,26
Neißemündung (Unter-Regel)	1,36	Wassermühle: + 15,5°	
Breslau (Ober-Regel)	4,92		

Wem wäre es noch nicht aufgefallen, daß trotz täglicher Reinigung mit Zahnpulver oder Zahnpasta die Zähne (namentlich Backenzähne) häufig doch schlecht und hohl werden? Ist das nicht der beste Beweis dafür, daß die Mundpflege mit Pulver oder Pasta eine durchaus ungenügende ist? Die Zähne tun uns nicht den Gefallen, nur an den Stellen zu faulen, wo wir bequem mit Zahnbürste, Pulver oder Pasta hingelangen können. Im Gegenteil, gerade an denjenigen Stellen, die schwer zugänglich sind, wie Rückseiten der Backenzähne, Zahnspalten und Zahnlücken geht die Fäulnis und Verderbnis vor sich. Will man seine Zähne von Fäulnis und Verderben frei, also gesund erhalten, so kann das nur auf eine Art erzielt werden, nämlich durch tägliches Reinigen und Spülen mit einem flüssigen, wirklich unschädlichen Antiseptikum — und das ist Odol. Odol dringt beim Spülen überall hin, in die verstecktesten Mundwinkel, in die Zahnspalten, an die Rückseiten der Backenzähne usw. Es gibt außer Odol zwar noch andere flüssige Zahnantiseptica, z. B. wurden früher Lösungen von Kali chloricum oder von übermangansaurem Kali empfohlen, es hat sich aber herausgestellt, daß diese Lösungen die Zähne angreifen und den Schmelz zerstören. Odol dagegen ist wirklich unschädlich und schützt die Zähne vor Erkrankung und Hohlwerden. Das ist wissenschaftlich nachgewiesen. Wir raten deshalb eindringlichst und mit gutem Gewissen allen die ihren Mund und ihre Zähne gesund erhalten wollen, sich an eine regelmäßige Mundpflege mit Odol zu gewöhnen.

Gebrauche Ata



-und im Haus sieht's
stets bei dir wie Sonntag aus!
(ATA Henkel's Putz- und Scheuermittel)

Am 19. August verschied nach langem, schwerem
Leiden unser lieber Kollege und Freund, der
Metalldreher
Gustav Kroh
im Alter von 49 Jahren.
Sein Andenken werden in Ehren halten
Die Meister und Kollegen
der L.-H.-L. W. III. Ar. und III. Sd.
Die Beisetzung der Asche findet am Sonnabend,
den 30. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem
Ornenfriedhofe in Gräbschen statt.

Am 26. August verstarb nach längerer Krankheit unser
Kollege, der **Modellist**
Karl Natzek
im Alter von 51 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die freigeorganierten Kollegen der Abt. Modellisterei
der Linke-Hofmann-Lauchhammer A.-G.
Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauer-
haus Goldschmieden.

**Verband der Lebensmittel- und
Getränkearbeiter Deutschlands.**
Am 27. August früh verstarb nach kürzerem
Krankheitslager unsere langjährige Kollegin
Gertrud Krause
im Alter von 37 Jahren an Lungenentzündung und
Herzschwäche.
Ein jederzeit ehrendes Andenken bewahren ihr
Die Mitglieder der Ortsvereins Breslau.
Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 5 1/2 Uhr, von
der Halle II des Oswitzer Friedhofes.

Ich halte von jetzt ab
tierärztliche poliklinische
Sprechstunden. Werktags 8-9 Uhr vormittag.
Tierarzt Dr. Tuchler, Gartenstr. 58

Sägespäne
gibt laufend größere Mengen ab
Dampffägwerk Breslau X
Verlängerte Niedergasse.

Täglich frisch!
Molkereibutter, Landbutter,
Speisequark, div. Sorten Käse,
Schmalz, Margarine
empfiehlt zu billigsten Tagespreisen:
Farl, Markthalle Ritterplatz,
Stand 327-329.

Jede Nähmaschine auch
läuft **Wienziers, Gräßlener Straße 45.**

Wanzen, Läuse, Motten
Radikalausrottung
F. Krause, Breslau, Malergasse 13, I.
Kammerjäger und Desinfektor. Staatl. gepr.

Hilfbefleidungsstelle
Stoßgasse 22, W. Schwarz.
Anzüge, Jackets, Hosen, Wäsche etc. kaufen
Kameraden und Genossen bei uns am billigsten.

Arbeitsmarkt

Zuschneider
perfekter selbständiger Schneider
sofort gesucht
Nathan Levy
Herrenkleider-Fabrik
Kreuzstraße Nr. 51.

Zurückgekehrt
Dr. B. Fuchs
pr. Arzt und Augenarzt
Moltkestraße 5.

Zurückgekehrt
Dr. Sabath

Zurückgekehrt

Dr. Jones, Zahnarzt
Gartenstr. 69, Telas-Haus

Handwerker

Der Metallindustrie
der seine Arbeit verfeinern
möchte, verlange Prospekt.
E. Falk, Hamburg 24
Schenckelstraße 9, I.

Mittag- u. Abendbisch
Mittwoch-Abend 7, 1.

Fahrradgummi

Damen- und Herren-Räder
billig. Preisliste 16.
Edele Frauenteile, Fahrradabtl.

Sozialistische

Monatshefte

Redigiert von J. F. Bloch

monatlich 50 Pf.
vierteljährlich 1.50

Bestellungen bei allen
Leseausgaben u. der Volks-
wacht, Breslau III.

Vom 29. Aug. — 6. September

Billige Serienwoche

Serie I 2.90 M. Serie II 4.90 M. Serie III 7.90 M.

TUCH Lager KORTE

Marzenstr. 7 Vorwerkstr. 43
Poststr. 3 Tauentzienstr. 2 Matthiassstr. 62

Parteilreunde
kauft an Bahnhöfen,
verlangt in Hotels,
Restaurants, Cafés
stets die
Volkswacht

**Kaffee ist unsere
Spezialität**
seit 10 Jahren.

Die neuen großbohnen Mischungen finden immer mehr Liebhaber.

Nr. 6 Karlsbader-Mischung 1	1/2 kg	3.80
Nr. 8 Elite-Mischung	1/2 kg	4.00
Nr. 9 Mammuth-Mischung	1/2 kg	4.20

Preiswerte, gute Haushalt-Mischungen:

Nr. 2	3	4	5
1/2 kg	2.40	2.80	3.00 3.40

Stiebler's Elektorale Sparmischung:

Nr. 25, mit 25% Bohnenkaffee	1/2 kg	0.60
Nr. 10, mit 10% Bohnenkaffee	1/2 kg	0.40
Bensdorf-Kaffee	1/2 kg	0.80
Bensdorf Trink-Schokolade	1/2 kg	0.60
Benner's Frühstücks-Getränk	1/2 kg	0.60
Sneise-Schokolade „Nordella“ 100 gr-Tafel	0.25, 2 Tafeln	0.45
Schmelz-Schokolade „Spanetti“ 100 gr-Tafel	0.28, 2 Tafeln	0.55
Hütchen-Bräunlinen, fein gefüllt	1/2 kg	1.00
Sahne-Karamellen mit gehackten Mandeln	1/2 kg	1.60
Albert-Keks	100 gr-Tafel	0.20
Feine Keks-Mischungen	1/2 kg	0.80 und 1.20
Friedrichsd. Zwieback „Rohr-Veredelte“	3 Pakete	0.20
Amerik. Vollmilch „Glücksteele“	Dose	0.55
Zangermünder Bierfrucht-Marmelade	1/2 kg	0.40
Bruch-Makkaroni „Dahn“	1/2 kg	0.36
himbeersaft, feine Qualität	1/2 Flasche	1.20
Kofosnuff, weiß	Tafel 1/2 kg	0.65
„Rheinperle“, die feinste Margarine, geeignet zum Brotbacken	1/2 kg	0.90
Margarine, zum Kochen und Braten	1/2 kg	0.57 bis 0.85
Rückenpied, fett geräuchert	1/2 kg	0.85
Rauchpied, durchwachsen, geräuchert	1/2 kg	0.75
Matjes-Seringe, Ia Qualität	Stück	0.15 und 0.25
Neue große Schottenheringe	Stück	0.08
Neue Kartoffeln	1/2 kg	0.04
Landprezwurst	1/2 kg	1.20
Landcheiwurst	1/2 kg	1.00
Romador-Käse	1/4 Pfd.	0.40
Echte Olmüher Quargel	Dyd.	0.35
Büdlinge, geräuchert	1/2 kg	0.50
Kiesensale geräuchert	1/2 kg	4.00
Tomaten, leuchtliche große Früchte	1/2 kg	0.15

Täglich Eingang von frischem Obst:
Birnen, Äpfeln, Pflaumen usw.
erner Ia Mastgeflügel
Gänse, Enten, junge Hühner.

Voranzeige
Freitag oder Sonnabend erwarten wir 1 Waggon
feinste Goldtrauben 1/2 kg **ML 0,55**

Gemüse-Konerven 1924er Ernte
Stangenpapergel, Brechpapergel, Schoten, Schnittbohnen, Milchgemüse
in allen Sortierungen.
Besonders aufmerksam machen wir auf unser großes Lager in
Rhein-, Mosel- und Rotweinen.
Mit Liebe stehen wir gern zu Diensten und gewähren
auf alle Weine, außer Schaumwein einen
Rabatt von 10 Prozent.

Otto Stiebler
Breslau, Zwingerplatz 5 und 23
Größtes Import- und Versandhaus im Osten Deutschlands.

Breslauer Fleisch-Zentrale

Freitag und Sonnabend:

Schweinefleisch	1 Pfd.	1.05 Mk.
Frischer Speck	1 "	1.30 "
Lungenfett	1 "	1.30 "
Rauchspeck	1 "	1.30 "
Pökelrippenspeer	1 "	1.20 "
Preßwurst	1 "	1.00 "
Leberwurst	1 "	0.70 "

Schmiedebücke 21, I. Etage.

Korbmöbel Qualität und
preiswert
kauft man bei
Seifert
Alle Arten Korbwaren, Kinderwagen, Rohrteppiche
unverdorben billig. Zwanglose Besichtigung erbeten.
Firma besuchten: **Nur**
Kein Laden! **9** 2. Hof. — Geöffnet 8-7 Uhr
Kein Laden! **9** 2. Terr. Fernspr. Ohle 9243

Ausverkauf!

mache ich zwar nicht, aber so billig kaufen Sie bei mir
und empfehle meine

Doppel-Edel-Liköre

wie Allasch, Isberg, Cherry-
Brandy, Stouardorf, Curacao.
Neu eingeführt:
El-Creme Advokat ca. 20%
(hergestellt nach einem alten holländischen Rezept, aus
frischen Hühner-Eiern, Zucker und Alkohol ohne jedes
Verdickungsmittel), ferner:
Schokoladen-Cocktail ca. 20%
(hergestellt aus Kakao, Eiern, Zucker und Alkohol, ohne
jedes Verdickungsmittel)
alles lose v. Fab. 1/2 Ltr. nur 80 Pf.
Ferner echt
Weinbrand ganz Ltr. nur 2.80 M.
Jamaika-Rum-Verschnitt ganzes Liter nur 2.80 M.
Breslauer Brantwein 35%, 2.50 M.
Ein Versuch überzeugt Sie von der Güte der Ware. Da lose
vom Fab verkauft wird, bitte ich, die Flaschen mitzubringen.
Geöffnet von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

David Kochmann

Kolonialwaren und Destillation
Breslau I, Weidensstraße 25
Telephon: Ohle 5034.

Druckerei Volkswacht Ausführung
aller Drucksachen
Breslau 2 Flurstraße 4/6 Insetate erzielen in
der „Volkswacht“
den größten Erfolg